

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 48 Seiten

Stimmbürger für dumm verkaufen?

2

Die Schweiz als Auftrag

26

Gleiches Recht für alle?

40

Harder Kulm und Thunersee

Bild: Barbara Steinemann, Watt-Regensdorf ZH



Politische Forderungen und Beschlüsse werden immer absurder

Die Stimmbürger für dumm verkaufen?

von Gregor Rutz, Unternehmer, Nationalrat, Ständeratskandidat ZH

Eine Demokratie kann nur funktionieren, wenn man den Stimmbürgern zutraut, Verantwortung übernehmen und Entscheide fällen zu können. Schaut man die Debatten in Bundesbern an, wird man bisweilen den Eindruck nicht los, dass gewisse Politiker den Bürgern genau diese Verantwortung nicht zutrauen. Viele Parlamentarier, aber auch Beamte, haben das Gefühl, den Leuten erklären zu müssen, wie sie ihren Alltag meistern sollen. Was dabei an Gesetzen herauskommt, ist teilweise recht absurd.



Den Vorstoss des Monats hat wohl der grüne Luzerner Nationalrat Michael Töngi eingereicht: Er fordert ein Verbot von Stau-meldungen auf SRG-Sendern. Begründung: Die «Staupropaganda» könnte den Zuhörern den Eindruck vermitteln, dass man die Autobahnen ausbauen müsse. Dies sei dringend zu vermeiden – daher sollen keine Verkehrsmeldungen mehr ausgestrahlt werden. Nationalrat Töngi

traut den Bürgern offenbar nicht zu, mit der Wahrheit umgehen zu können.

Dass Autos und Flugzeuge das grüne Lebensbild stören, ist bekannt. So sind wohl auch zwei weitere grüne Vorstösse einzuordnen, die ein Werbeverbot für Flugreisen oder Warnhinweise für Autowerbung gefordert haben. Namentlich grüne, grünliberale und sozialdemokratische Politiker glänzen derzeit mit Vorstössen für Werbeverbote: Vom Verbot der Fleischwerbung über Verkaufseinschränkungen, Sondersteuern oder Werbeverbote für Alkoholika, einem Verbot für Social Media-Clips, die für Kinderspielzeug werben, bis hin zum «Ampelsystem» für Lebensmittel findet sich alles

auf der Pendenzenliste der Bundesversammlung. Die Diagnose ist aus linksgrüner Sicht klar: Viele Leute seien nicht in der Lage, ihren Lebensalltag zu bewältigen. Diesen Bürgern müsse dringend geholfen werden.

Politiker als bessere Menschen?

Die Arroganz und Überheblichkeit, welche aus solchen Vorstössen spricht, ist erschreckend. Der österreichische Philosoph Robert Pfaller ordnet diese linken Denkansätze als Narzissmus ein. Denn dieser sei «sensibel für Benachteiligungen aller Art und an allen Orten der Welt» und er überbiete sich selbst «ständig in der Entdeckung neuer Geschädigter». Sein Fazit: «Mit

Churz & Bündig

In Weinfeldern sprach Christoph Blocher vor mehreren hundert Zuhörern über «175 Jahre Bundesverfassung». Seine Ausführungen beeindruckten derart, dass der Vortrag mit minutenlangem Applaus verdankt wurde. Ob das den Medien-Schreiberling, der über den Anlass berichtete, gestört hat? Wie anders würde er begründen, warum er Blocher flugs zum «SVP-Anführer» mit unübersehbarer Anspielung herabminderte. Ob so Schnuderer-Journalisten reagieren, wenn sie, ohne irgend etwas Substantielles beitragen zu können, das letzte Wort zu einem Anlass von ausserordentlicher Ausstrahlung glauben äussern zu müssen?

us

GOAL GLOSSAR

Q ▶ Provokation

Provokation

<lat.> provocare (pro = hervor; vocare = rufen)

Herausforderung; Aufreizung; Brüskierung

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Churz & Bündig

Die beiden Wörter «Mutter» und «Vater» sind zu Zürich durch Stadtratsverdict aus dem zugelassenen Wortschatz gestrichen worden. Man dürfe – gendergerecht – künftig nur noch von «Elternteilen» reden. Obwohl dieses Wortschatz-Diktat von fast allen Zürchern – Resultat einer Umfrage – als pure Blödsinn eingestuft wird, hält der herrschsüchtige Stadtrat an seinem Sprach-Diktat fest. Immerhin glaubt er einräumen zu müssen, dass nicht jeder Elternteil das kann, was der andere Elternteil offensichtlich kann. Deshalb wurde der obrigkeitliche Wortbefehl erweitert: Zu Zürich soll fortan unterschieden werden zwischen dem «gebärenden Elternteil» und dem «nicht gebärenden Elternteil». Konfrontiert mit der Tatsache, dass es auch unverschuldet oder ungewollt Nichtgebärende geben kann, ist die Studiengruppe für das obrigkeitliche Wortschatz-Diktat zu ausufernden Beratungen erneut zusammengerufen worden.

us

den Schwachen sympathisieren und alles tun, damit sie nicht aufhören, schwach zu sein – diese Doppelbewegung kennzeichnet die narzisstische Mitleidsmoral».

Bedenkliche Folgen

Die Folgen dieser Politik sind bedenklich: Die zunehmende Einschränkung der persönlichen Freiheit,

LACHEN VERBOTEN!



«Es ist nicht wichtig, ob der Mensch vom Affen abstammt; viel wichtiger ist, dass er nicht wieder dorthin zurückkehrt.»

Richard Wagner, 1813–1883

eine beängstigende Paragraphenflut und ein stetiger Anstieg der Staatsausgaben (und damit auch der Belastung durch Steuern, Abgaben und Gebühren). Volkswirtschaftlich bedenklich ist vor allem die Aufblähung der Verwaltung: Bald jeder vierte Arbeitsplatz ist bereits beim Staat – Tendenz steigend. Der Kanton Zürich will 2023 insgesamt 1'370 neue Arbeitsstellen schaffen. Das heisst: Jeden Werktag werden fünf (!) neue Mitarbeiter eingestellt. Kein Gewerbebetrieb könnte je so schnell wachsen. Die Wirtschaft und die Steuerzahler aber sind es, welche diese sozialistischen Exzesse finanzieren müssen.

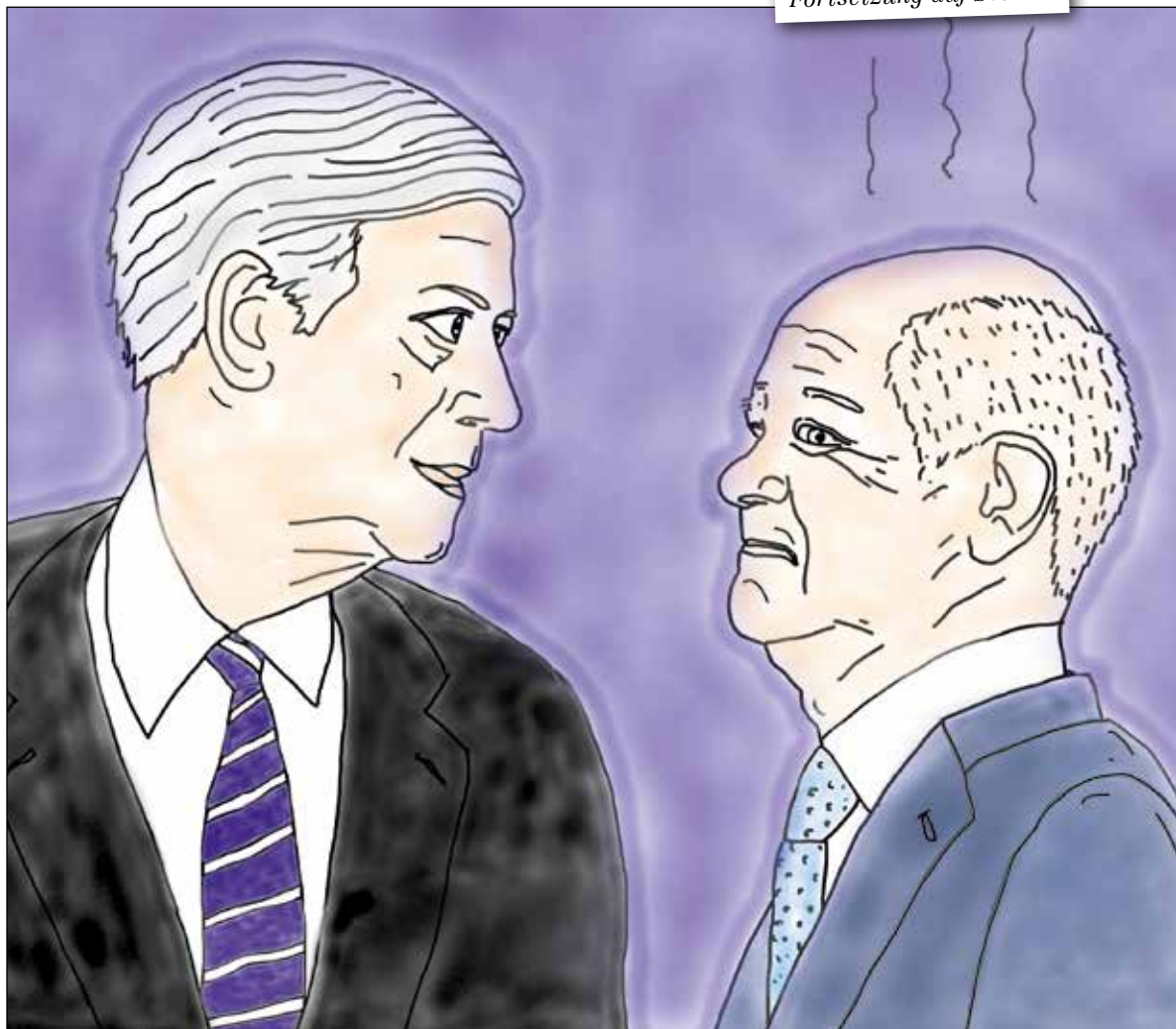
EU-Politik als negatives Vorbild

Oft stammen die linken Verbotsforderungen ursprünglich aus anderen europäischen Ländern und werden dann von Schweizer Parlamentariern abgeschrieben. Tatsächlich ist es in vielen EU-Staaten noch viel schlimmer als in der Schweiz. So hat beispielsweise Irland als erstes Land beschlossen, dass die Hersteller von

Fortsetzung auf Seite 5

Wahrlich eine echte
Zeitenwende!

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



Herbstgedicht

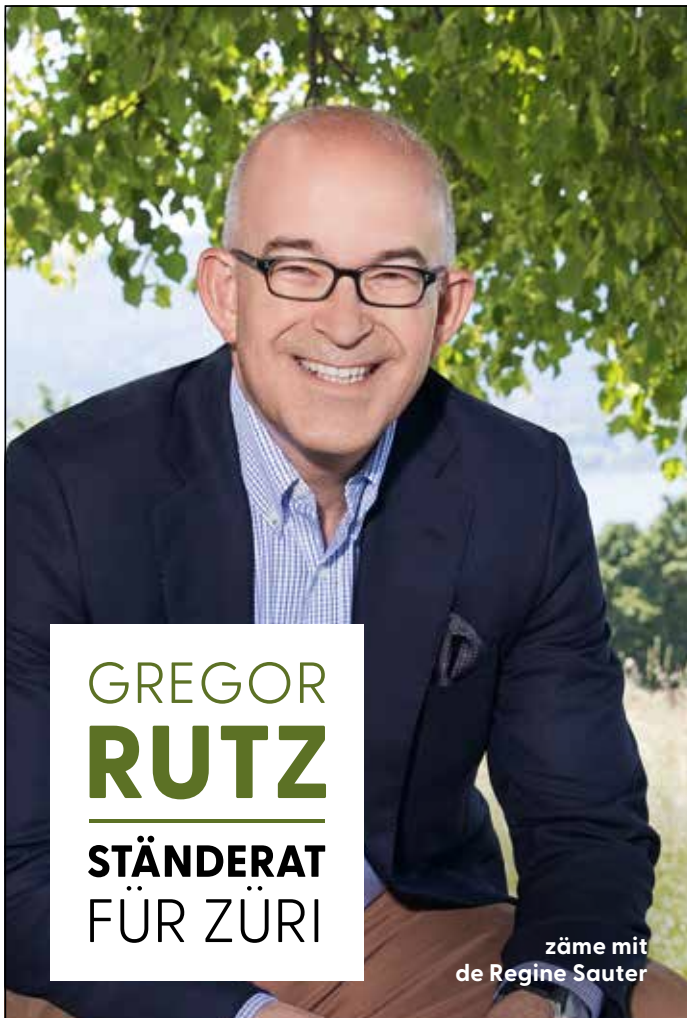
Die Blätter fallen, fallen wie von weit,
Als welken in den Himmeln ferne Gärten;
Sie fallen mit verneinender Gebärde.

Und in den Nächten fällt die schwere Erde
Aus allen Sternen in die Einsamkeit.

Wir alle fallen. Diese Hand da fällt.
Und sieh dir andre an: es ist in allen.

Und doch ist Einer, welcher dieses Fallen
Unendlich sanft in seinen Händen hält.

Rainer Maria Rilke, 1875–1926



GREGOR
RUTZ
STÄNDERAT
FÜR ZÜRICH

zäme mit
de Regine Sauter

«Mehr Freiheit, weniger Staat, mehr Selbstverantwortung – für dieses liberale Credo bin ich immer eingestanden. Gregor Rutz engagiert sich seit Jahren als Unternehmer und Parlamentarier für diese Werte. Solche Leute brauchen wir im Bundeshaus – als Liberaler wähle ich ihn aus Überzeugung!»

Dr. Andreas Honegger
alt Kantonsrat FDP

22. Okt.:
Gönd go
wähle!

Komitee «Gregor Rutz – Ständerat für Züri» –

Postfach 470 – 8702 Zollikon – rutz-fuer-zueri.ch

Co-Präsidium: Matthias Baumberger, alt Gemeinderat Mitte – Linda Camenisch, Kantonsrätin FDP – Rita Fuhrer, alt Regierungsrätin SVP – Dr. Andreas Honegger, alt Kantonsrat FDP – Filippo Leutenegger, Stadtrat FDP – Ueli Maurer, alt Bundesrat – Natalie Rickli, Regierungsrätin SVP – Marianne Zambotti-Hauser, Präsidentin Gewerbeverband Bezirk Meilen



Fortsetzung von Seite 3

alkoholischen Getränken verpflichtet werden, die Konsumenten vor diesen Produkten zu warnen. Das entsprechende Gesetz soll bereits 2026 in Kraft treten. Der irische Gesundheitsminister Stephen Donnelly argumentiert, dass das neue Gesetz ein besseres Verständnis der gesundheitlichen Risiken, die mit dem Alkoholkonsum verbunden sind, vermitteln soll.

Die Warnhinweise werden ähnlich ausfallen wie die bekannten Warnungen auf Tabakprodukten: Die Verbraucher sollen insbesondere vor Gesundheitsrisiken wie Lebererkrankungen oder Krebs gewarnt werden. Sodann müssen die Konsumenten über den Kaloriengehalt, den im Produkt enthaltenen Alkohol sowie die Risiken von Alkoholkonsum in der Schwangerschaft informiert werden. Sicher passen solch verunstaltete Weinflaschen wunderbar auf eine festliche Tafel. Aber genau dies ist letztlich auch die Absicht der behördlichen Propaganda: Die Lebensweise der Bürger zu steuern und sie von unerwünschtem Verhalten abzubringen.

Europaweite Regelungen?

Bereits gibt es Pläne in der EU-Kommission, ähnliche Warnhinweise für ganz Europa vorzusehen. Die angesprochene Initiative enthält auch Ideen wie Verkaufseinschränkungen, die Anhebung der Alkoholsteuern (Lenkungsabgaben) oder der Erlass von Werbeverboten. Erschreckende Szenarien, die zeigen, wie wichtig es ist, politisch Gegensteuer zu geben.

Am 22. Oktober haben wir alle Gelegenheit, Politikerinnen und Politiker zu wählen, welche einen liberalen Kompass haben und sich nicht vom Zeitgeist leiten lassen. Wählen Sie Politiker, welche die Bürger ernst nehmen und welche Erfahrung aus dem Berufsleben sowie gesunden Menschenverstand mitbringen.

PS: Nach der Lektüre der erwähnten Vorstösse liegt die Schlussfolgerung eigentlich auf der Hand: Das einzige, was bereits heute netto Null ist, ist das Parteiprogramm der Grünen.

Gregor Rutz

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Diskussionsverweigerung



Obwohl die Schweiz – auch angesichts der sich bedrohlich zuspitzenden Weltlage – mit schwierigen, die Bevölkerung beunruhigenden Problemen konfrontiert sei, komme der Wahlkampf – sagen die Medien – nicht recht in Gang. Kaum öffentliche Diskussionen, lediglich täglich weiterwuchernde Plakatwälder mit Köpfen, die, je mehr davon aufgestellt werden, sich immer ähnlicher sehen. Nirgends aber anregende, Emotionen weckende Streitgespräche über die schwierigste, bedrohlichste Entwicklung, welcher die Schweiz – mit demonstrativ tatenlosem Bundesbern – gegenübersteht.

Vielstrophiges Lamento zur zunehmenden Verknappung von Wohnungen, zu explodierenden Miet- und Energiekosten ertönt schon. Auch zur sich galoppierend verteuern Krankenversicherung, zur zunehmend unhaltbaren, Lernerfolg abtötenden Entwicklung in den Schulen, wo selbst elementare Verständigung kaum mehr möglich ist. ...

Aufgezählt werden die gravierenden Kalamitäten zwar durchaus. Aber eher würden sich die professionellen Jammerei ihre Zungen abbeissen, als dass sie die offensichtliche Ursache all dieser sich von Tag zu Tag verschärfenden Missstände endlich beim Namen nennen würden: Die aus dem Ruder laufende Masseneinwanderung.

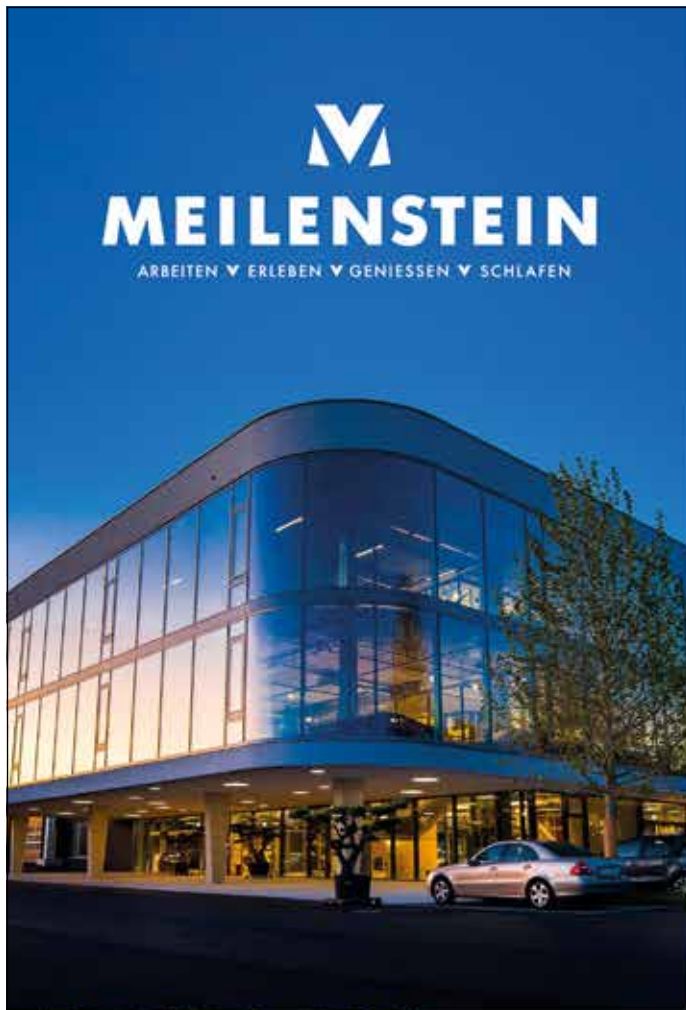
Spalte
rechts

Sind Bundesverwaltung und die politischen Mitte-Links-Mehrheiten im Parlament am Überleben einer freien, handlungsfähigen Schweiz überhaupt noch interessiert? Warum verweigern bürgerliche ebenso wie linke und grüne Politiker jede Diskussion über die Masseneinwanderung? Vorbehaltlos unterstützt – wenn nicht gar angeführt – von den Eintopf-Medien. Die zur SVP bloss noch Diffamierungskampagnen anzuzetteln in der Lage scheinen.

Problem-Verdrängung mittels Diskussionsverweigerung: Zweifellos der sicherste Weg, den Wahlkampf zur öden Plakatschlacht verkommen zu lassen. Problem-Verdrängung mittels Diskussionsverweigerung: Das sorgt nicht bloss für langweiligen Wahlkampf. Das trifft die Demokratie in ihr Herz.

Ob die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Kraft haben, den Drahtziehern des Diskussionsverweigerungs-Komplots von Bundesbern und Medien am 22. Oktober den Laufpass zu geben?

Ulrich Schlier



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Schadenfreude ist erlaubt

Die Revolution frisst ihre «Schneider»

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld TG

Der Bundesrat will eine Internet-Zensurinfrastruktur aufbauen. Vorbild sind ihm Gesetze autoritärer Regimes. Ein Opfer der Überwachungsmaßnahmen ist nun ausgerechnet die grüne Nationalrätin Meret Schneider.



Nationalrätin Meret Schneider wurde auf X (ehemals Twitter) gesperrt, nachdem sie einen Beitrag verfasst hatte, der als Gewaltaufruf gegen Politiker verstanden werden konnte. Ihr Beitrag sei satirisch gemeint gewesen und hätte nicht ernst genommen werden sollen, reagierte sie entrüstet.

DNA der Totalitären

Schneider (jene mit der Essstörung) darf sich darüber nicht

beklagen. Denn sie ist nur Opfer ihrer eigenen Überzeugung geworden. Vor vielen Jahren schwappte nämlich im Gefolge der 68er in den USA die Kriminalisierung von Meinungen unter dem Decknamen «hate speech» in die Schweiz. Einfallstor war das Verbot «rassistischer» Aussagen. 2020 wurde der Tatbestand dann weitgehend auf die «sexuelle Orientierung» ausgedehnt. Diskutiert wird bereits, ob künftig auch Kritik an Frauen, Transmenschen, Sozialhilfebezügern, Asylsuchenden oder allen Minderheiten verboten werden soll. Nicht überraschend ist, dass der Feldzug zur Kriminalisierung von Meinungen von linken Parteien geführt wird. Ein Dorn im Auge ist den linken Vordenkern auch die Freiheit im Internet. SP-Nationalrat Tornare forderte schon 2014, Kommentare auf hochfrequentierten Websites müssten moderiert werden. Man träumt von der umfassenden Selbstzensur durch Facebook und Co.

«Plattformen kaum reguliert»

2019 forderte dann die SP-Nationalrätin Seiler Graf den Bund auf, «gegen Hassreden im Internet» vorzugehen. Den Ball nahm der Bundesrat natürlich gerne auf: Die Bevölkerung informiere sich immer stärker über Kommunikationsplattformen wie Google, Facebook, YouTube und Twitter und bilde sich so ihre Meinung. Die Plattformen – derzeit kaum reguliert – beeinflussten damit vermehrt die öffentliche Debatte.

Nebst einigen sinnvollen Vorschlägen enthält das Paket die heute gängigen Elemente der erzwungenen Selbstzensur: Nutzer sollen den Plattformen Aufrufe zu Hass, Gewaltdarstellungen oder Drohungen auf einfache Weise melden können. Die Plattformen müssen dann die Meldungen prüfen und die «Nutzenden» (O-Ton Bundesrat) über das Ergebnis informieren. Genau das ist Nationalrätin Schneider bereits passiert.

Politischen Gegner mundtot machen

Vorbild der vom Bundesrat geplanten Regelungen ist erklärtermassen der europäische Digital Services Act (DSA), aber insgeheim auch das deutsche «Netzwerkdurchsetzungsgesetz». Dessen Regelungen wurden als «Zensurinfrastruktur» bezeichnet, der Inhalt lese sich so, als «stamme er aus dem Roman 1984», bei dem es um das Mundtotmachen der politischen Gegner geht. Das Netzwerk-Durchsetzungsgesetz stand seit seiner Einführung im Jahr 2017 Pate für Gesetzesentwürfe zur Internetzensur in autoritären Regimen und hat einen weltweiten «regulatorischen Wettlauf» ausgelöst, der die Meinungsfreiheit zunehmend unterminiert.

Opfer dieser Zensurrevolution ist nun ausgerechnet die Grüne Schneider geworden. Sie war von Twitter/X zweimal gesperrt worden, weil die X-Zensoren offensichtlich überfordert sind. «Das zeigt, wie willkürlich Sperren auf dem Netzwerk X nun sind», jammerte der tieftraurige «Blick».

Hermann Lei

Sichere Zukunft in Freiheit!

2x auf Ihre Liste

bisher

Mauro Tuena

wieder in den Nationalrat

www.mauro-tuena.ch

In den Ständerat: Gregor Rutz
Zusammen mit Regine Sauter

Liste 1

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Leserbriefe

Europapolitik wohin?

Solange die Schweizer Staatssekretäre in Brüssel nicht klar sagen dürfen, dass die Schweiz auch die künftige Gesetzgebung bestimmen will, nützen auch neue Verhandlungsführer nichts. Ein klares Wort der Regierung an die EU wäre erfolgreicher: Die Schweiz akzeptiert keinen Vertrag, bei dem die Schweizerinnen und Schweizer ihre Zukunft nicht mehr selber bestimmen dürfen. Und wir akzeptieren auch keine fremden Richter!

Alex Schneider, Küttigen AG

Krankenkassenprämien

Arbeit dehnt sich bekanntlich solange aus, wie Ressourcen zur Verfügung stehen. Deshalb kollabiert unser Gesundheitswesen. Die Pharma- und Gesundheitsindustrie hat kein Interesse daran, auf Umsatz und Gewinn zu verzichten. Die Politik, vor allem Lobbyisten, haben in den letzten drei Jahren diesbezüglich ganz kräftig nachgeholfen. Von ihnen staatlich aufoktroierte Auflagen wie Testen und Impfen, sind massgeblich dafür verantwortlich, dass die Prämien ins Uferlose steigen. Was ist mit denjenigen Leuten, welche das Spiel nicht mitmachten und deshalb nicht preistreibend mitwirkten? Es gibt eine einfache Lösung:

Entziehen wir dem System die Ressourcen. Weg vom Obligatorium. Wer sich trotzdem absichern will, der kann sein Leistungspaket individuell definieren. Dieses dient dann zur Berechnung der Prämie.

Armin Weber, Grünenmatt BE

Heute in Lampedusa, morgen in der Schweiz?

Dieses Jahr sind gemäss Uno bis Mitte September rund 170'000 Menschen übers Mittelmeer nach Europa gekommen; davon sind 72 Prozent junge Männer. Italien steht vor fast unlösbaren Problemen und braucht Unterstützung durch die EU. Aber ausser schönen Absichtserklärungen ist aus Brüssel nicht viel zu hören. Zur Erinnerung: Afrika wächst gemäss dem Uno-Flüchtlingshilfswerk alle zwölf Tage um eine Million Menschen. Das Problem muss also primär in Afrika selbst gelöst werden. Und nun zur Schweiz: Gemäss Statistik befanden sich am 31. Mai dieses Jahres 16'731 Afghanen, 8'700 Eritreer, 7'298 Syrer, 5'463 Türken, 2'553 Iraker und 2'662 Somalier im Asylprozess. Das hat auch enorme Auswirkungen auf die Kriminalität und die Sozialwerke. Wir müssen den Grenzschutz dringend verstärken, um die illegale Zuwanderung einzudämmen. Wenn klar ist, dass die Schweiz (und «Europa») die Grenzen wirklich schützen, wird auch das Schlepperunwesen einbrechen. Zudem sind die Asylverfahren in Transiträumen (oder noch besser in Drittstaaten) durchzuführen. Taten sind gefragt. Wählen Sie deshalb am 22. Oktober SVP.

Werner Wittwer, Rothrist AG

Dürrenmatt zur Neutralität

Friedrich Dürrenmatt (1921–1990) hat sich bei seiner Rede im Jahr 1990 auf Vaclav Havel zwar kritisch zur Neutralität geäussert und von den Schweizern «im Gefängnis der Neutralität» gesprochen. In einem Gespräch mit dem Publizisten Alfred A. Häslar hat er aber eine andere Auffassung vertreten: «Die Neutralität ist die politische Haltung eines Kleinstaates, der seine Freiheit bewahren will. Der Neutrale ist möglichst ungefährlich und möglichst nützlich. Neutralität ist eine List (oder Schlaueit, NFD), sie gehört zur Kunst des Kleinstaates, durch die Welt zu kommen. Ich halte den Kleinstaat für eine der glücklichsten

Für mehr Freiheit und Eigenverantwortung!



**2 x
auf Ihre
Liste**



Roger Bachmann

in den Nationalrat

www.rogerbachmann.ch

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1



Die Partei des Mittelstandes

Sichere Zukunft für Gewerbe und Mittelstand



KMU geprüft KGV

Wieder in den Nationalrat

Am 22. Oktober 2023

Bruno Walliser

2 X auf Ihre Liste!

bisher

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1



Die Partei des Mittelstandes

brunowalliser.ch

Afrika kommt



Der ungebremste Zustrom von Flüchtlingen aus aller Welt gefährdet nun auch den Frieden hierzulande. Vielerorts flammt Widerstand auf, und des Bürgers Bereitschaft zur Hilfeleistung sinkt dramatisch angesichts des herrschenden Asylchaos'.

- In Brig soll das Gästehaus des Klosterkomplexes St. Ursula (16. Jahrhundert) nach dem Willen von SP-Staatsrat Mathias Reynard für sechs Millionen gekauft werden – zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien aus der Ukraine und aller Welt.
- Angesichts der abflauenden Solidaritätswelle sucht Bundesbern nach Gründen und wird fündig: 2022 kamen 75'000 Kriegsflüchtlinge und weitere 25'000 Asylsuchende von überall her – ein Höchststand seit Ende des Zweiten Weltkriegs.
- Das SEM warnt, man müsse aktuell mit bis zu 40'000 Asylgesuchen rechnen.
- Der Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann, Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes, klagt, die Flüchtlingswelle breche ohne Vorbereitungszeit über die Gemeinden herein – Bundesbern wusste Bescheid.

politischen Erfindungen: Der Mensch als Bürger einer Grossmacht wird nicht besser dadurch, dass er einer Grossmacht angehört, aber leichter politisch benebelt und damit gefährlich. Dem Kleinstaat muss man seine politischen Waffen erhalten. Darum halte ich die listige (oder schlaue, NFD) Formel der Neutralität immer noch für brauchbar. Nur haben wir sie vermoralisiert und ideologisiert. In Wirklichkeit ist die Formel der Neutralität politisch kühl und berechnend.»

Nina Fehr Düsel, Küsnacht ZH

Bürgende

«Churz&Bündig» fragt sich in der Schweizerzeit-Ausgabe vom 29. September 2023, wie man wohl den unzeitgemässen Begriff «Bürgerinnen und Bürger» aus woker Sicht ersetzen könnte. Ich habe eine ganz simple Lösung. Ersetzen wir einfach diesen Begriff durch «Bürgende». Denn wir alle bürgen via Steuern für diesen Genderwahnsinn.

Ulrich Bollmann, Zug

10- oder gar 20-Millionen-Schweiz?

Es ist eine politische Entscheidung, wieviel Migration man zulässt oder fördert. Natürlich könnten wir auch in einer 20-Millionen-Schweiz leben, wenn wir indische Slums zum Vorbild nehmen. Wenn wir das nicht wollen, braucht es Reformen bei der Personenfreizügigkeit. Die Nachhaltigkeits-Initiative ist die richtige Antwort.

Alex Schneider, Küttigen AG



- In Windisch AG erhielten 49 (!) Mieter die Kündigung, weil man Asylanten einquartiert. Kommentar von SVP-Präsident Marco Chiesa : «Schweizer auszuquartieren, um Asylanten einzulogieren, ist eine schlimme Entscheidung.»
- In Mettmenstetten ZH zahlt die Gemeinde 1 Million Steuerfranken für eine Wohnung; es ziehen Asylsuchende ein. Der Gemeinderat von Bonstetten ZH plant den Ankauf einer 1,2 Millionen teuren Wohnung für Asylanten.
- In Meggen LU soll ein Containerdorf entstehen. Die Sanitätsnotstelle des Spital- und Pflegeheims wird Asylsuchenden zugewiesen.
- Im Kanton Schwyz will die Gemeinde Galgenen Dorfvereine aus ihren Lokalitäten werfen, es ziehen Asylanten ein.

Fazit: Unter der Ägide der Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider (SP) öffnen sich die Asylytüren noch weiter als bereits unter Vorgängerin Karin Keller-Sutter (FDP). Nun will Baume-Schneider gar die «Resettlement-Programme» reaktivieren, sodass hunderte vom Uno-Hilfswerk vorselektionierte Gesuchsteller aus Flüchtlingslagern ins Land eingeflogen(!) werden können. Wo bringt man sie unter? Siehe oben!

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Engagiert für Landwirtschaft,
Ernährung & Umwelt.

Martin Haab
2x auf ihre Liste

martinhaab.ch

FITNESS **fi** ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch

Onlineshop: www.4spa.ch



FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.



Der grosse Bruder liest und hört (fast alles was er will) mit

Regieren und verwalten mit Wolke 365

von Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küssnacht ZH



Microsoft 365 und Office 365 bieten den Anwendern die Möglichkeit, ortsunabhängig von jedem unterstützten Endgerät, via einen sogenannten «Cloud-Dienst», zu arbeiten. Die geläufigsten Cloud Computing Beispiele sind Apple iCloud, Google Drive, Microsoft OneDrive und Amazon Web Services.



Gespeicherte Daten befinden sich in den Rechenzentren dieser Firmen, zu denen der Zugriff über das Internet möglich ist. Der Kanton Zürich (Amt für Informatik) hat 2021 Verträge für den Bezug von 365-Services-Cloud-Lösungen mit Microsoft abgeschlossen. Grundlage dazu bildet ein Rahmenwerk, das die schweizerische Informatik-Konferenz (SIK) mit dem US-Konzern für die öffentlichen Verwaltungen abgeschlossen hat.

Im Rahmen der IKT-Grundversorgung (Informations- und Kommunikationstechnologien) bezieht der Kanton Zürich Leistungen aus den Rechenzentren von Microsoft und speichert dort auch Daten. Gemäss US CLOUD Act, einem seit 2018 bestehenden US-amerikanische Gesetz, sind amerikanische Internet-Firmen und IT-Dienstleister verpflichtet, US-Behörden auch dann Zugriff auf gespeicherte Daten zu gewährleisten, wenn die Speicherung nicht in den USA (so beispielsweise auf einem Microsoft-Server in der Schweiz) erfolgt.

Erstmals hat die Datenschutzbeauftragte in ihrem Tätigkeitsbericht Sicherheits-Fragen zu den Cloud-Diensten aufgeworfen. Sie sei von Gemeinden, Spitälern, Schulen und Hochschulen, Kirchen, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, Altersheimen etc. zu Clouds kontaktiert worden. Die Fragen betrafen vor allem zwei Punkte: Welche Daten dürfen in die Cloud? Was muss bei der Auslagerung in die Cloud beachtet werden?

Gemäss der Datenschutzbeauftragten sind zwei Anforderungen besonders zu beachten:

- Es dürfen der Auslagerung keine rechtlichen Bestimmungen entgegenstehen, beispielsweise Geheimnispflichten.
- Das öffentliche Organ bleibt auch nach der Auslagerung für die Personendaten verantwortlich und muss die Einhaltung des Datenschutzes sicherstellen. Und beim Steuergeheimnis oder anderen besonderen Amtsgeheimnissen müsse der Cloud-Anbieter die erhöhten Anforderungen an die Geheimhaltung einhalten können.

Wishful thinking? Ich denke ja! Während die Kantonspolizei über eigene Server verfügt und sich für sensitive Daten hoffentlich keiner Clouds bedient, muss die Frage

zum Umgang mit sensitiven (Personen-) Daten in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Justiz und Steuern etc. auf Clouds im Raum gestellt bleiben. Dazu auch: «Zu den besonderen Risiken der Auslagerung in die Cloud gehört die ungenügende Transparenz über die Bearbeitung der Personendaten durch den Cloud-Anbieter – einschliesslich der Daten von Mitarbeitenden des öffentlichen Organs bei der Nutzung der Cloud-Anwendungen» (Auszug aus dem Tätigkeitsbericht 2022).

Im Berichtszeitraum hat gemäss der Datenschutzbeauftragten noch kein öffentliches Organ im Kanton ihrer Behörde ein Projekt zur Einführung von Microsoft 365 zur Vorabkontrolle vorgelegt. Die Finanzdirektion hat Richtlinien zur Umsetzung von Sicherheitsvorkehrungen vorgeschrieben; sie sind für die kantonale Verwaltung verbindlich. Die Daten-Verschlüsselung spielt eine imminente Rolle, der Schlüssel muss beim öffentlichen Organ liegen. Die Frage ist aber nur, ob und wie diese umgesetzt und kontrolliert werden (können)? Die Datenschutzbeauftragte versprach, bald anhand eines Beispiels einer Vorab-Kontrolle, wie sie es nannte, die Umsetzung der Richtlinie bei der kantonalen Verwaltung «anzuschauen». Dabei wird sie insbesondere das vorhandene Informationssicherheits- und Datenschutzkonzept prüfen, in welchem die Resultate der Schutzbedarfsanalyse und die vorhandene Datenschutz-Folgenabschätzung zusammengefasst sind.

Dennoch, die Verantwortung für die Datensicherheit bleibt immer beim öffentlichen Organ und somit auch die Wahl des Servers respektive ob eine Cloudanwendung gewählt werden soll und darf, oder eben nicht?!

Hans-Peter Amrein

Maria Wegelin

in den Nationalrat

Für eusi Heimat,
für eusi Schwiiz,
für eusi Chind!

www.maria-wegelin.ch

Liste 1

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

2 x
auf Ihre
Liste

Masslose Zuwanderung endlich stoppen

Politiker, die den Volkswillen umsetzen!

von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen ZH

Wählen Sie am 22. Oktober nur Personen, die den Volkswillen umsetzen und sich für die Interessen der Schweiz und der Schweizer einsetzen.

Was ist eigentlich die Aufgabe der Politik? Die Antwort ist einfach: Die Politik muss jene Probleme aufnehmen und lösen, welche die Bürgerinnen und Bürger beschäftigen. Damit sind wir sofort bei der Frage: Haben wir Politiker diese Aufgabe gut gelöst, zum Beispiel in den letzten vier Jahren? Und hier müssen wir deutlich festhalten: Nein!

Hinter uns liegen die «linksten» vier Jahre in der Geschichte der Eidgenossenschaft. Noch nie hat das Parlament so viel Geld ausgegeben wie zwischen 2019 und 2023. Die Bundesausgaben sind viel schneller gewachsen als die Wirtschaft. Es arbeiten ständig noch mehr Leute für den Staat, Tag für Tag werden neue Beamte eingestellt – und dies zu Durchschnittslöhnen, die weit über jenen der Privatwirtschaft liegen. Aber lohnen sich diese Ausgaben? Bekommen Sie wir dafür immer mehr und immer bessere Leistungen? Oder anders gefragt: Ist der Staat für die Bürger da?

Nein, muss man leider antworten, die Bürger haben zu Recht immer mehr den Eindruck, sie seien für den Staat da statt umgekehrt. Die Verwaltung beschäftigt sich lieber mit dem Gender- und Woke-Wahnsinn. Aber wehe, wenn Sie ihr Auto zwei Minuten über die Parklimate hinaus stehen lassen. Schon verfolgt sie der Staat mit der ganzen Härte des Gesetzes. Derselbe Staat duldet aber gleichzeitig den illegalen Grenzübertritt von Zehntausenden und den Missbrauch unseres Asylwesens.

Machen unsere Politiker wenigstens das, was das Volk will und demokratisch beschlossen hat? Auch hier: Fehlanzeige. Obwohl unsere Bevölkerung entschieden hat, dass sie keine unregelmässige Zuwanderung will, sind letztes Jahr netto über 180'000 Personen in die Schweiz eingewandert – so viele, wie die Stadt Basel Einwohner hat. Und im laufenden Jahr 2023 sollen es wieder bis zu 100'000 werden. Wo immer ich hinkomme, die

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Wieder
in den
Nationalrat



- Keine 10-Millionen-Schweiz
- Für den Erhalt der Unabhängigkeit und direkten Demokratie
- Für eine sichere Schweiz
- Für eine gesunde Wirtschaft



Thomas
MATTER
Gregor Rutz in den Ständerat!

thomasmatter.ch

Liste 1



Menschen in der Schweiz machen sich grosse Sorgen wegen der Umwelt, der Verschandelung unserer wunderbaren Landschaft, wegen dem spürbaren Rückgang der Lebensqualität. Tag für Tag wird in der Schweiz die Fläche von acht Fussballfeldern überbaut. Unsere Bauern sind gezwungen, auf immer weniger Fläche immer mehr Menschen zu versorgen. Unsere Sozialwerke sind unterfinanziert, die Krankenkassenprämien explodieren. Man findet keine bezahlbaren Wohnungen mehr; viele wissen kaum mehr, wie sie die Miete bezahlen sollen. Sie stecken auf den Strassen im Stau und finden im öffentlichen Verkehr keinen Platz mehr. Sorge bereitet auch die Stromversorgung und die Verteuerung aufgrund der kopflosen «Energiewende» von Mitte-links. Auch die Qualität unserer Schulen sinkt, Gewalt und Kriminalität steigen.

Doch wo liegen die Wurzeln all dieser Probleme? Sie liegen in der massiven Bevölkerungsexplosion, an der massiven Zuwanderung in unser kleines Land. Doch die Mehrheit unserer Politiker in Bern lässt diese Entwicklung nicht nur zu, sie fördert sie geradezu. Darum müssen am 22. Oktober die richtigen Politiker ins Parlament gewählt werden. Politiker, die den Volkswillen achten und für die Interessen der hiesigen Bevölkerung eintreten. Ich danke Ihnen herzlich dafür, dass Sie die SVP-Kandidaten für den National- und Ständerat wählen.

Thomas Matter

Geschichte – ein Schulfach unter Druck

Doppelvortrag und Diskussion

Mario Andreotti Hanspeter Amstutz



Der Unterricht in Geschichte kommt in der Volksschule viel zu kurz. Dabei ist historisches Wissen, gerade für junge Menschen, von existentieller Bedeutung.

- Warum ist das so, warum sollen wir uns mit der Vergangenheit befassen?
- Wie wird Geschichtsunterricht für Jugendliche auch im Rahmen des neuen Lehrplans spannend gestaltet und wie kann politisches Interesse geweckt werden?
- Bringt das Reformprojekt «Gymnasium der Zukunft» für das Fach Geschichte eine Verbesserung oder gar eine Verschlechterung?
- Welche Zukunft hat Geschichte innerhalb der Bildungspolitik?

Lehrpersonen, Eltern und Interessierte sind herzlich eingeladen.

**Donnerstag, 16. November 2023, 19.00 bis 22.00 Uhr
im Schulhaus St. Leonhard, Vadianstr. 49, St. Gallen
(5 Gehminuten vom Bahnhof, Eingang zur Aula nur über Davidstrasse)**

*Prof. Dr. Mario Andreotti, Germanist und Historiker, ehem. Gymnasiallehrer, heute Dozent für Neuere deutsche Literatur, ist ein profunder Kenner der schweizerischen Bildungslandschaft.
Hanspeter Amstutz, ehemaliger Sekundarlehrer und Bildungsrat, hat mit einem narrativen Zugang Jugendliche für Geschichte und politische Fragen begeistern können.*

sekretariat@starkevolksschulesg.ch

www.starkevolksschulesg.ch

**Für eine sichere,
freie und unab-
hängige Schweiz!**



In den Ständerat:

Gregor Rutz

zusammen mit Regine Sauter



Wieder in den Nationalrat

Alfred Heer

erfahren – kompetent – hartnäckig

Zürcher Volksinitiative



**Stopp Prämien-
Schock:**

Für eine automatische
Entlastung bei den
Krankenkassenprämien

**Wer tiefere Krankenkassenprämien will, wählt im Kanton Zürich
Paul Mayer und Stefan Schmid in den Nationalrat!**



Wichtig:
Paul Mayer und
Stefan Schmid
müssen je
2x auf Ihrer Liste
für den Nationalrat
stehen!



Stefan
Schmid

Paul
Mayer

In den Nationalrat

Sie spüren es sicher auch: **die Krankenkassenprämien steigen und steigen.** Deshalb haben Paul Mayer und Stefan Schmid zusammen mit einem überparteilichen Komitee die **Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock»** ins Leben gerufen. Der Lösungsansatz ist einfach und wirkungsvoll: **Steigen die Krankenkassenprämien, steigt im gleichen Umfang auch der Steuerabzug.**

Unterschriftenbogen bestellen: Mittelstand-entlasten.ch



In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1



Kantonalzürcher Volkinitiative

«Stopp dem Prämien-Schock»!

von Paul Mayer, Metallbauunternehmer, Kantonsrat, Marthalen ZH

Jedes Jahr rege ich mich masslos auf, dass die Krankenkassenprämien steigen und steigen. Noch mehr lässt mich der Puls in die Höhe gehen, wenn Mitarbeiter kommen und berichten, dass ihre Lohnerhöhung nicht reicht, um die Mehrkosten (Lebenshaltungskosten) zu decken und sie mehr Lohn fordern.



Gerne würde ich jedem Mitarbeiter mehr Lohn geben, aber der Betrieb muss sich in einer anspruchsvollen wirtschaftlichen Umgebung behaupten, und wir können leider nicht alles Wünschenswerte mitmachen. Das ist hart für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch für mich als Arbeitgeber.

Nur immer Aufregen über ein Problem kann es nicht sein, und ich überlegte mir, was ich diesbezüglich ändern kann. Konkret: Was kann ich in meinem Kanton verbessern? Es kann ja nicht sein, dass man mit immer höheren Krankenkassenprämien – und trotz Lohnerhöhung – mit weniger Geld im Sack noch gleich viel Steuern bezahlen muss.

Verglichen mit andern Kantonen wird der Steuerzahler in unserem (bevölkerungsreichsten) Kanton Zürich nachweislich durch geringere Abzugsmöglichkeiten benachteiligt. Bei der Krankenkassenprämie handelt es sich de facto um eine Zwangsabgabe, welche die Bundesgesetzgebung anordnet. Der Mittelstand im Kanton ist der verheerenden Situation wehrlos ausgesetzt.

Das war der Ansatz, um im Kanton Zürich etwas zu ändern. Zuerst wollte ich eine Petition starten. Aber aufgrund der Erfahrung mit meiner letzten Petition «Rettet unsere Landwirtschaft, die Garantin unserer Versorgung. Stoppt die kantonale Versumpfung-Aktion!» sah ich, dass dies nicht die gewünschte Reaktion bringen würde. Darum beschloss ich, zusammen mit Kantonsrat Stefan Schmid und einem überparteilichen Komitee, eine kantonale Volksinitiative zu lancieren. Eine hohe Hürde, aber ein Nutzen für den Mittelstand! Jemand muss es ja machen, denn Jammern nützt niemanden etwas. Finanziell ist es eine grosse Herausforderung, da man im Kanton Zürich doch eine Vielzahl von Unterschriften benötigt.

Was will die «Stopp Prämien-Schock»-Initiative?

Die Volksinitiative will eine automatische Kopplung des Abzugs an die Entwicklung der Prämien: Steigen die Krankenkassenprämien, so erhöht sich auch der steuerliche Abzug. Dies schützt den Mittelstand nachhaltig. Die Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock» bringt unmittelbar und auch in Zukunft bei einem Prämienanstieg eine steuerliche Entlastung.

Gehen Sie wählen!

Natürlich wäre es am einfachsten, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Es ist nicht leicht, als Unternehmer nicht zu allem Ja sagen zu können, weil es wirtschaftlich nicht geht. Diese Härte fehlt vielen, die in der Politik aktiv sind. Etwas Härte hat noch niemandem geschadet, oder anders formuliert: Fordern ist Fördern. Das sehe ich besonders bei unseren Lernenden und Angestellten im Betrieb.

In Bern wird an den grossen Rädern gedreht. Ich bitte Sie dringend: Wählen Sie nur Milizler, die bei der Arbeit im Geschäft merken, was passiert, wenn ein Gesetz gemacht oder geändert wird. Wählen Sie keine Leute, die vom Geld des Amtes abhängig sind, weil sie nicht arbeiten oder nicht zu gebrauchen sind.

Initiative jetzt unterschreiben!

Allen Zürcherinnen und Zürcher danke ich für das Unterschreiben unserer Initiative. Unterschriftenbögen können unter www.mittelstand-entlasten.ch heruntergeladen werden.

Allen wünsche ich eine erntereiche Herbstzeit.

Paul Mayer



Das Büro Ha deckt auf!



Windexpress. Der Nationalrat hat am 7. Juni 2023 den «Windexpress» beschlossen. Für sämtliche Windparks, die eine rechtsgültige Nutzungsplanung haben, wird schnell eine Baubewilligung durch den Kanton erteilt, der Gang vors Bundesgericht wird faktisch verunmöglicht. Damit ist der Weg frei für die teuerste Energieproduktion – mit noch mehr Flatterstrom und einer unsäglichen Landschaftsverhandlung.

Während Jahren hat sich die links-grüne Ratschäfte gegen alle Wind- und Solaranlagen gestellt. Und nun soll es plötzlich im Eilzugstempo ohne demokratische Beteiligung der Bürger am Volk vorbeigehen. Die Diktatur der Abzocker feiert Urständ. Widerstand ist angesagt. Der Bau des Windparks Sainte Croix zeigt, wie schrecklich der Eingriff in die Natur ist. Wehrt euch!

Tis Hagmann

Die Stimme der Schweiz

Auf dass sämtliche Staaten der Welt sich jederzeit bewusst sind, dass die Schweiz ein neutrales Land ist und bleibt, müsste der Bundesrat die derzeit unser Land im Uno-Sicherheitsrat vertretende Schweizer Botschafterin verbindlich verpflichten, zu jedem ihrer dort zahllos abgegebenen Voten den Standpunkt der Schweiz wie folgt zum Ausdruck zu bringen:

«Im übrigen tritt die völkerrechtlich als immerwährend und bewaffnet neutral anerkannte Schweiz mit Wort und Tat nachdrücklich dafür ein, dass Konflikte zwischen Staaten ausschliesslich am Verhandlungstisch ausgetragen werden – ohne dass dafür Tausende in Tod und Verderben geschickt und Zehntausende um ihr Hab und Gut gebracht werden.»

Die Schweizerzeit wird diesen Satz so lange wiederholen, bis der Bundesrat seine Pflicht tut.

Ihr Bäcker aus dem Kanton Zürich!



2 x auf Ihre Liste

In den Nationalrat

René Schweizer

Inhaber Konditorei Voland

Unterstützt von:



Liste 1
In den Ständerat: Gregor Rutz
Die Partei des Mittelstandes

René Schweizer

in den Nationalrat

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler

Als Eidg. Dipl. Bäcker-Konditor mit eigener Bäckerei-Konditorei sehe ich, wie wichtig Ernährungssicherheit, Unternehmertum und Bildung für eine sichere Zukunft in Freiheit sind.

Entsprechend wichtig ist mir, die Selbständigkeit in allen Belangen aufrecht zu erhalten und dafür zu sorgen, dass sich der Staat so wenig wie möglich einmischt.

Meine Standpunkte:

- ▶ Ernährungssicherheit: Um die inländische Produktion zu erhöhen, müssen unsere Bauernbetriebe unterstützt und von unrealistischen Auflagen entlastet werden.
- ▶ Wirtschaftliche Stabilität: Es gilt, die «Macherinnen und Macher» in unserem Land zu ermutigen und von Bürokratie sowie hohen Steuern und Abgaben zu entlasten.
- ▶ Zukunftsfähiges Bildungssystem: Unserem dualen Bildungssystem müssen wir Sorge tragen. Kinder und Jugendliche sollen nach ihren Stärken gefördert und gefordert werden.

Vielen Dank für Ihre Stimme am 22. Oktober auf Liste 1.

Herzlich, ihr



René Schweizer
2x auf Ihre Liste



schweizer-rene.ch

René Schweizer

- Jahrgang 1972
- Wohnort Fischenthal
- Beruf Eidg. Dipl. Bäcker-Konditor und Berufsschullehrer

Engagements

- Inhaber Konditorei Voland seit 2001
- Vizepräsident Bäckermeisterverband Kanton Zürich (ZHBC)
- Vorstand Gewerbeverband Kanton Zürich (KGV)
- Prüfungsexperte Lehrgänger / Berufsprüfung Bäcker-Konditor

Politische Laufbahn

- seit 2019 Präsident SVP Bezirk Hinwil
- 2006 -17 Präsident SVP Bauma

Am 22. Oktober:



SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Opferschutz statt Täterschutz!

Stopp der Gewaltkriminalität

Nina Fehr Düsel, Kantonsrätin, Küssnacht ZH

Ein Blick in die aktuelle Kriminalstatistik zeigt, dass die Anzahl Gewaltdelikte im Vergleich zum Vorjahr um 9,3 Prozent angestiegen ist. Dazu kommen vor allem in der Stadt Zürich wiederholt Gewaltexzesse durch Chaoten, die sogar Polizisten und Sanitäter angreifen und verletzen und hohe Sachschäden verursachen.

Ich habe zusammen mit der Jungen SVP die Anti-Chaoten-Initiative lanciert, so dass künftig die verantwortlichen Chaoten die Kosten für die verursachten Schäden und Polizeieinsätze selbst tragen müssen. Sowohl die Anti-Chaoten-Initiative als auch der (leider abgeschwächte) Gegenvorschlag werden bald der Volksabstimmung unterbreitet.

Für unter 18-Jährige gilt das Jugendstrafrecht, das aber viel zu large ist. Es steht in keinem Verhältnis zur erschreckenden kriminellen Energie, die oft schon hinter den Straftaten von erst 13- bis 15-Jährigen steht. Zusammen mit Valentin Landmann habe ich im Kantonsrat eine parlamentarische Initiative eingereicht. Sie fordert, dass bei besonders schweren Delikten auch das Erwachsenenstrafrecht angewendet werden kann und somit statt einer blossen Massnahme (Heimeinweisung) eine angemessene Freiheitsstrafe in einem Gefängnis ausgesprochen werden kann.

Importierte Kriminalität

Überproportional bei Gewaltdelikten vertreten sind Täter ausländischer Herkunft. Tatsache ist, dass in unseren Gefängnissen durchschnittlich 75 Prozent der Inhaftierten ausländischer Herkunft sind. Ihr Anteil ist vor allem bei Gewalt-, Tötungs- und Einbruchdelikten hoch. Wie das Beispiel der Massenschlägerei in Opfikon und anderswo zeigt, werden auch ethnische Konflikte zunehmend importiert. Um auch die importierte Kriminalität zu reduzieren, müssen wir die Zuwanderung wieder selbst steuern können – einerseits durch strenge Grenzkontrollen und die Ausschaffung ausländischer Straftäter – andererseits durch die Begrenzung der Zuwanderung. Die von der SVP lancierte «Nachhaltigkeits-Initiative» ist deshalb ein Muss.

Keine Geldstrafen für Vergewaltiger

In der Schweiz kommt ein Drittel der wegen qualifizierter Vergewaltigung Verurteilten mit einer bedingten Strafe davon. Im Komitee «Keine Geldstrafen für Vergewaltiger»

fordern wir eine Revision des Sexualstrafrechts, damit es künftig keine milden Strafen für Vergewaltiger mehr gibt. Im Unterschied zum Ständerat hat der Nationalrat bei Vergewaltigungen die Möglichkeit von Geldstrafen ausgeschlossen – und bei qualifizierten Vergewaltigungen auch die Möglichkeit von Bewährungsstrafen.

Bürgerliche machen sich für Opfer stark

Zu bemängeln ist allerdings, dass sowohl für sexuelle Nötigung wie auch für den Missbrauch urteilsunfähiger Personen im neuen Sexualstrafrecht weiterhin Geldstrafen möglich sein werden. Die Linken betreiben hier eine Doppelmoral und oft mehr Täterschutz als Opferschutz.

Gewisse Erfolge konnten dank bürgerlicher Zusammenarbeit bereits erzielt werden. Wir werden an diesen Themen – hoffentlich auch in Bern – konsequent dranzubleiben, auch im Sinne der Signalwirkung und Abschreckung.

Nina Fehr Düsel

Ihre Stimme in Bern!



Nina

Fehr Düsel

In den Nationalrat

ninafehrdusel.ch

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

2x auf Ihre Liste



«Das aktuelle Zitat»

«Die freundlichen Gefühle der radikalen Linken gegenüber dem radikalen Islam rühren daher, dass es diesen tristen Figuren in ihrem Neidhass auf das Bestehende völlig egal ist, mit wem sie sich dagegen verbünden. Hauptsache, es wird angegriffen.»

Michael Klonovsky, Essayist, auf seinem Blog
«Acta diurna» am 2. Juli 2023

Die hippen Grünliberalen und ihre obskuren Netzwerke (Teil 3/Schluss)

Die Grünliberalen sind keine Umwelpartei mehr, sondern ein Lifestyle-Klub. Der jüngeren Garde geht es um eine Kulturrevolution. Sie wollen altbewährte Strukturen aufbrechen und eine «progressive Zukunft» schaffen, wobei der Begriff «progressiv» mit beliebigen Inhalten gefüllt wird. Hauptsache: Es klingt cool. Nachstehend der 3. Teil von Regula Nikles.



Die «Operation Libero»

Forster gründete die «Operation Libero» zusammen mit anderen «Progressiven» im Oktober 2014, nachdem die SVP im Februar zuvor die «Initiative gegen Masseneinwanderung» gewonnen hatte. Ähnlich wie bei «Foraus» geht es auch bei der OL um eine «zivilgesellschaftliche Allianz», «Offenheit» und «Fortschritt».

Gemäss eigener Aussage steht OL für den «Umbruch in der Schweizer Politlandschaft» und engagiert sich für «internationale Vernetztheit, für Freiheit, für Fortschritt, für Rechtsstaatlichkeit». Die Organisation war 2016 treibende Kraft gegen die SVP-Durchsetzungsinitiative. Auch die SVP-Selbstbestimmungsinitiative vom November 2018 wurde von der Operation Libero selbstverständlich bekämpft. Dafür setzte sie sich 2020 – zum Unwillen der Wirtschaftsverbände – für die Konzerninitiative ein und 2021 für die von den Grünliberalen eingebrachte «Ehe für alle».

Ende August 2022 startete die OL gemeinsam mit «La Suisse en Europe», Suisseculture (Gewerkschaft der Kulturschaffenden), Volt Schweiz (eine EU-Propagandabewegung), dem Verband der Schweizer Studentenschaften (VSS) und den Jungen Grünen Schweiz die Europa-Initiative, die den Bundesrat zur Aufnahme von Verhandlungen mit der EU verpflichten will.

Intransparente Mittelherkunft

Die Mittelherkunft der Operation Libero bleibt obskur. Ende 2020 zirkulierte anlässlich eines Crowd-Funding die Mitteilung, dass der Verein OL zwischen 2014 und Dezember 2020 von «mehr als 15'126 Spender*innen» «mehr als» 37'438 Einzelspenden erhalten habe. Wie hoch die Einnahmen effektiv waren und woher sie kamen, bleibt im Dunkeln. Allerdings gehört die frühere Co-Präsidentin der OL, Flavia Kleiner, zum European Council on Foreign Relations (ECFR), der von George Soros «Open Society Foundations» finanziert wird. Genannt wird eine Einzelspende von 400'000 Franken der Meili-Brüder und als Grossspender gilt auch der Multimilliardär Hansjörg Wyss (Synthes), der von den USA aus Schweizer Innenpolitik macht.

Auffällig ist die Verbandelung des OL-Gründungspersonals mit Kommunikations- und Lobbyagenturen. Co-Präsidentin Laura Zimmermann arbeitet seit Herbst 2018 bei der Agentur Rod in Zürich. Bei Rod arbeitet auch

David Schärer, «Werbers des Jahres» und früher seinerseits Vorstandsmitglied der Operation Libero. OL-Gründungsmitglied Dominik Elser geht bei der linksliberalen Lobbying-Firma furrerhugi. AG ein und aus, die gern SRG-Aufträge betreut. Deshalb wohl auch der OL-Einsatz gegen die «No Billag»-Initiative? Und Adrian Mahlstein war hauptberuflich Social-Media-Campaigner.

Der Griff nach der Gemeinnützigen Gesellschaft

Sein Meisterstück lieferte Nicola Forster mit der Machtübernahme bei der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) – einem Verein mit rund 750 Mitgliedern und rund 50 kantonalen/regionalen Gesellschaften. Die SGG ist nicht irgendwer. Vor über 200 Jahren am 16. Mai 1810 in Zürich gegründet, ist sie das älteste, gesamtschweizerische gemeinnützige Werk unseres Landes. Auch gab die SGG in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts den Anstoss zur Gründung anderer Sozialwerke (Pro Juventute, Pro Senectute, Pro Mente Sana, Familienschutzkommission/Pro Familia). Vor allem aber sitzt der Verein auf einem riesigen Vermögen von rund 100 Millionen Franken. Geöffnet wurde dieser Topf über die Jahrzehnte durch Schenkungen und Legate.

Soviel Geld weckt Begehrlichkeiten, weshalb bisher stets auf politische Balance beim Spitzenpersonal geachtet wurde. So präsierte 1998–2007 die CVP-Politikerin Judith Stamm (1996/97 Nationalratspräsidentin) den Verein, 2007–2011 die FDP-Politikerin Annemarie Huber-Hotz (von 2000–2007 Bundeskanzlerin) und 2011–2020 der Sozialdemokrat Jean-Daniel Gerber, ehemals Staatssekretär für Wirtschaft im Volkswirtschaftsdepartement des Bundes.

Nach Gerbers Abgang wurde das SGG-Präsidium erstmals öffentlich ausgeschrieben. Einer, der sich bewarb, war Nicola Forster. Da 2020 wegen Corona keine physische Mitgliederversammlung stattfinden konnte, wurde Forster auf dem Zirkularweg zum neuen SGG-Präsidenten gewählt. Die Mitglieder kannten ihn kaum. Stolz verkündete das SGG-Sekretariat am 8. Dezember 2020: «Neues SGG-Präsidium: Ein Millennial am Ruder». Bereits die Pressemitteilung trug Forsters eigene Handschrift: Nebst viel Eigenlob bezeichnete er sich dort als «eine Art zivilgesellschaftlicher Unternehmer». Überhaupt hat es der Begriff «Zivilgesellschaft» den neuen Gemeinnützigen angetan.

Säuberungen

Forster ruhte natürlich nicht lange. Zunächst einmal holte er – von alteingesessenen SGG-Mitgliedern

unbemerkt – Kumpels aus seinen Netzwerken in den Verein SGG. Als nächstes wurde im Juni 2022 Geschäftsführer Lukas Niederberger nach neun Jahren Knall auf Fall entlassen. Ersetzt wurde er durch den ehemaligen Journalisten (SRG und Tages Anzeiger) und Kulturchef im Sozialdemokratischen Präsidialamt der Stadt Zürich, Peter Haerle. Die offizielle Begründung der Entlassung lautete: «Differenzen in Führungsfragen».

Spät aber immerhin doch noch erwachten einige der Stiftungsräte angesichts des umtriebigen Forsters und seines Adlaten Haerle. Vor allem der für Finanzfragen zuständige Jürg Kallay, Mitglied im Vorstand, versuchte im Vorfeld der Generalversammlung 2023 Persönlichkeiten aus dem liberalen Bürgertum für Verein und Vorstand zu gewinnen. Aber eben: Grünliberale sind progressiv, weltoffen, demokratisch und natürlich sehr, sehr tolerant. Tolerant aber nur jenen gegenüber, die ihr Weltbild teilen. So organisierte Forster kurzerhand, dass im Blick auf die GV 2023 keine neuen Mitglieder in die SGG aufgenommen würden (seine eigenen hatte er ja schon dabei).

An der Generalversammlung vom 17. Juni 2023 in Altdorf entfernten Forster und seine Kumpels kurzerhand Kallay aus dem Vorstand und ersetzten ihn (und andere Vorstandsmitglieder) mindestens teilweise durch Linientreue aus Forsters Netzwerken.

Mit der SGG-Machtübernahme ist Forster eine Meisterleistung gelungen. Seine «progressiven» Pop-ups können nun aus der 100 Millionen Schatulle der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft durchgefüttert werden. Gleichzeitig wird so getan, als sei bei der SGG alles in bester Ordnung.

Kein Platz für «Konservative»

Das Problem wird nicht verschwinden, denn bei der SGG stimmt die politische Balance nicht mehr. Wenn Mitgliedsanträge künftig auf die politische Linientreue der Antragsteller untersucht werden, so handelt es sich nicht mehr um «Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft». Der grosse Teil bewusst «konservativer» Bürgerinnen und Bürger ist damit ausgeschlossen. Wie sich das noch mit Gemeinnützigkeit und Steuerbefreiung verträgt, darf wohl zu Recht in Frage gestellt werden. Gefordert wären die Behörden – auch der Bund. Er hat 1860 mit der SGG einen Schenkungsvertrag über das Rütli abgeschlossen, das von der SGG verwaltet wird.

Wird nun auch das Rütli als nationales Symbol zur Spielwiese der Grünliberalalalen?

Regula Nikles

Der obige Artikel stammt aus der Publikation «SPECTRUM» Nr. 5/2023 der Schweizerischen Schüler- und Studenteninitiative (SSI). Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Abdruck in der Schweizerzeit.

**PORSCHE & MERCEDES
OLDTIMER SPEZIALIST IM RAUM ZÜRICH**

**VERKAUF | SCHÄTZUNGEN
REPARATUR | SERVICE | RESTAURATION**



SWISS-CLASSIC-CAR.CH
Industriestrasse 10 | 8117 Fällanden | 044 701 22 44



Ein Volksvertreter tritt kürzer



Nach zwanzig Jahren im Nationalrat verabschiedet sich Walter Wobmann aus Bundesbern. Der Solothurner mit Entlebucher Wurzeln darf auf eine bewegende Polit-Karriere zurückblicken, die vom Parlament just an seinem letzten Tag mit einem Geschenk der besonderen Art gekrönt wurde: In der Schlussabstimmung der

Herbstsession stimmten National- und Ständerat dem Bundesgesetz zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» zu – und das erst noch in seinem Sinn!

Walter Wobmann war das Gesicht der Verhüllungsverbots-Initiative, die von Volk und Ständen am 7. März 2021 angenommen wurde. Wie ein Löwe hat er für diesen «zweiten grossen Wurf» des Egerkinger Komitees und für dessen wortgetreue Umsetzung gekämpft. Mit dem Egerkinger Komitee, das er 2006 zusammen mit Ulrich Schlüer gegründet hatte, erzielte er 2009 schon mit der Initiative «gegen den Bau von Minaretten» eine Volksmehrheit – gegen das gesamte Establishment. Unvergessen auch der Referendums-Erfolg gegen die Preiserhöhung der Autobahn-Vignette im November 2013.

Walter Wobmann ist ein Anpacker, ein durch und durch volksnaher Milizpolitiker, der die Volksseele spürte wie nur wenige. Er widerspiegelt jenen leider selten gewordenen Politiker-Typus, der auch bei hartem Gegenwind zu seiner Meinung steht und für eine Sache auch dann eintritt, wenn andere sich deswegen nicht «die Hände schmutzig machen» wollen. Das Schweizervolk hat Walter Wobmanns Politik immer wieder honoriert, und im Kanton Solothurn wurde er stets mit Spitzenresultaten wiedergewählt.

«Waltis» grosse Leidenschaft ist der Motorsport – als Präsident der Schweizer Motorradfahrer und erfahrener Verkehrspolitiker trat er stets konsequent für die Interessen des Individualverkehrs und gegen den linksgrünen Zeitgeist ein. Auch in diesem Bereich wird seine Stimme in Bern fehlen. Als Präsident des Komitees für die Neutralitäts-Initiative, aber auch des Egerkinger Komitees und von diversen Verbänden wird man weiterhin von ihm hören.

Seit vielen Jahren ist Walter Wobmann auch ein grosser Freund der «Schweizerzeit». Lieber Walti, wir danken Dir für alles, was Du geleistet hast und sind dankbar, Dich zu unseren Freunden zählen zu dürfen!

Anian Liebrand

Nationale Wahlen 2023: Wahlempfehlung des Egerkinger Komitees

Das Egerkinger Komitee hat allen Deutschschweizer Kandidatinnen und Kandidaten aus den Parteien SVP, EDU, FDP, Mitte, SP, Grüne und GLP, die am 22. Oktober 2023 zu den National- oder Ständeratswahlen antreten, einen Fragekatalog zugestellt. Wer alle fünf Fragen mit Ja beantwortet und uns seine Haltung mitgeteilt hat, wird von uns zur Wahl empfohlen.

Es ist uns wichtig, dass die Bevölkerung weiss, welche Kräfte sich zu einer freien Schweiz auf abendländischem Fundament bekennen. **Bitte wählen Sie am 22. Oktober nur Parteien und Personen, die sich der schleichenden Islamisierung entgegenstellen und verbreiten Sie unsere Empfehlung.**

Zur Übersicht der von uns empfohlenen Kandidaten:
www.egerkingerkomitee.ch

Unser Fragekatalog:

- Befürworten Sie, dass **in Schweizer Moscheen** zwecks Erkennung und Prävention von Hassreden **zwingend in einer Landessprache gepredigt** werden muss?
- Befürworten Sie ein **Verbot der öffentlichen Beschallung** durch von Moscheen ausgehende Gebetsrufe (**Muezzinrufe**) in der Schweiz?
- Befürworten Sie, dass Zwangsheirat, Ehrenmorde, Blutrache, weibliche Genitalbeschneidung, Eheschliessung mit Minderjährigen und Viehehen in keinem Fall toleriert werden und – wer diesen Verboten als Ausländer zuwiderhandelt – **zur sofortigen Ausweisung** führt?
- Befürworten Sie die Einführung von **Transparenzrichtlinien** (ähnlich jener bei der Politikfinanzierung) bei der **Finanzierung von Moscheen** in der Schweiz?
- Befürworten Sie ein **Finanzierungsverbot** von Schweizer Moscheen **durch Staaten** (und staatliche Einrichtungen), die **mutmasslich terroristische Gruppierungen unterstützen** oder gegen die Menschenrechte verstossen?

Egerkinger
Komitee

Unsere direkte Demokratie

Der Zaubertrank der Schweiz

von Tobias Weidmann, Kantonsrat, Präsident Finanzkommission, Hettlingen ZH

Ähnlich wie die unbeugsamen Gallier gegen die Römer widersetzen sich die Schweizer der EU-Vereinnahmung, dank ihres «Zaubertranks» – der direkten Demokratie. Und es ist die Pflicht der Bürger, diese einzigartige Instrument zu verteidigen, indem sie am 22. Oktober 2023 wählen gehen und die Partei unterstützen, die sie am besten bewahrt, nämlich die SVP.



Die Schweiz basiert auf den drei Staatssäulen Unabhängigkeit, Rechtsstaat und Demokratie. Mein Bruder, der historische Führungen für Expats in Zürich anbietet, erklärt ihnen diese Prinzipien und erntet oft grosse Bewunderung für die Schweiz und ihre Einzigartigkeit. Die Schweiz ist das einzige Land auf der Welt, das eine Form der direkten Demokratie hat, die es den Bürgern ermöglicht, direkt Einfluss auf die Politik und das Geschehen des Landes zu nehmen.

Unbeugsame Gallier – unbeugsame Schweizer

Das erinnert mich an die Geschichte von Asterix & Obelix: «Ganz Gallien ist von den Römern besetzt ... ganz Gallien? Nein! Ein von unbeugsamen Galliern bevölkertes Dorf hört nicht auf, dem Eindringling Widerstand zu leisten.» Das ist sinngemäss auch auf die Schweiz anwendbar: «Ganz Europa ist von der EU besetzt ... Ganz Europa? Nein! Ein von unbeugsamen Schweizern bevölkertes Land hört nicht auf, dem Eindringling Widerstand zu leisten.» Und weshalb konnten die Gallier den übermächtigen Römern Widerstand leisten? Weil sie über einen Zaubertrank verfügten. Der geheimnisvolle Zaubertrank des Druiden Miraculix war die wirkungsvollste Waffe, denn der Zaubertrank machte sie unbesiegbar.

Der Zaubertrank der Schweiz – die direkte Demokratie

Die Frage, die sich stellt, ist: Was ist der Zaubertrank der Schweiz? Es ist die direkte Demokratie, die in der Bundesverfassung von 1848 bzw. 1874 verankert wurde. Solange die Schweizer Bürger die Instrumente der direkten Demokratie verteidigen und bewahren, sind sie unbesiegbar, da sie ihr eigenes Schicksal bestimmen können. Am 12. September 2023 jährte sich das Inkrafttreten der Bundesverfassung von 1848 zum 175. Mal. Dieses historische Dokument markierte einen entscheidenden Schritt in der Geschichte der Schweiz. Nach der bewaff-



neten Auflösung des Sonderbundes machte sich eine 23-köpfige Kommission an die Reform des Bundesvertrags. Die rasche Umsetzung dieser Verfassung zeugt von der Entschlossenheit und dem Engagement der Schweizer, ihre Demokratie zu stärken.

Die Verantwortung der Bürger

In einer Zeit, in der politische Beteiligung entscheidend ist, appellieren wir an alle Schweizer Bürger, ihr Recht zur Abstimmung zu nutzen. Die direkte Demokratie ist unser einzigartiges Privileg, und es liegt an uns, es zu verteidigen und zu bewahren. Wählen Sie die Partei, die sich für die Erhaltung und Stärkung der direkten Demokratie einsetzt. Es ist die Schweizerische Volkspartei (SVP), die sich in der Vergangenheit als Verfechterin dieser wichtigen Prinzipien bewiesen hat. Die Schweiz bleibt ein strahlendes Beispiel für eine erfolgreiche direkte Demokratie und ein Land, das dadurch seine Souveränität und Einzigartigkeit behält, ähnlich wie die unbeugsamen Gallier in den Geschichten von Asterix und Obelix. Mit der direkten Demokratie – ihrem Zaubertrank – wird die Schweiz weiterhin ihre Unabhängigkeit, ihren Rechtsstaat und ihre Demokratie bewahren.

Tobias Weidmann

Militärische Führungskompetenz im Nationalrat




bisher

Beni Fischer

Tobias Weidmann



In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1



SCHWEIZER QUALITÄT
SVP

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Strompreis-Explosion

Nun trifft ein, wovon die SVP gewarnt hat: Die Strompreise explodieren. Ein durchschnittlicher Familienhaushalt zahlt 2024 rund 480 Franken mehr für den Strom als noch vor zwei Jahren! (...)

Verantwortlich für diese Kostentreiberei ist die ideologische Energie-Politik der Mitte-Links-Parteien. Doch das ist erst der Anfang: Die von diesen Parteien ebenfalls verantwortete masslose Zuwanderung (10-Millionen-Schweiz!) wird die Strompreise weiter explodieren lassen.

Nato-Kriegspartnerschaft

Kurz nach Beginn des Ukraine-Krieges startete in Bern eine Agenda, welche die Glaubwürdigkeit der Neutralität zunehmend vernichtet. Die bis anhin in der Aussenpolitik eigenständig agierende Schweiz degradierte sich zur Marionette der USA und der EU. Lächerliche Aktionen folgten wie die mit grossem Medienbrimborium inszenierte «Reise» nach Kiew von Nationalratspräsidentin Irène Kälin im Mai 2022 sowie der Video-Auftritt des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski während der eidgenössischen Sommersession im Nationalratssaal.

Schwerwiegender wiegen zum Beispiel die Bereitschaft in Bern, Kampfpanzer Leopard 2 aus Beständen der Schweizer Armee an Deutschland zu verkaufen. Dieser Ringtausch füllt infolge der Weitergabe von deutschen Panzern an die Ukraine Lücken in der deutschen Bundeswehr. Damit geht schweres Schweizer Kriegsgerät in das Kriegsgebiet. Völlig entfesselt und ohne jeglichen demokratischen Rückhalt bereitet die VBS- und die Armeeführung hinter den Kulissen mit hohem Tempo eine Nato-Kriegspartnerschaft an.

(Werner Gartenmann, Geschäftsführer Pro Schweiz, 28.09.2023)

Umso wichtiger sind die nationalen Wahlen vom 22. Oktober. Wer Mitte, SP und Grün/Liberale wählt, wählt massiv höhere Strom-Preise. Wer eine sichere und bezahlbare Energieversorgung will, wählt am 22. Oktober SVP.

(Medienmitteilung SVP, 06.09.2023)

Reformflut zerstört Volksschule

Die Schlagzeilen, die Debatte und die Kritik beschäftigen sich mit Oberflächlichkeiten. Die Schule steht nicht mehr als Repräsentantin der Kultur und ihrer Aufgabe, diese mittels eines pädagogischen Auftrags zu tradieren, im Zentrum der Debatte. Das hat in erster Linie damit zu tun, dass die Reformen der letzten Jahrzehnte, welche das Selbstverständnis der Schule erschüttert haben, reine Oberflächeninterventionen waren. Sie haben diese behäbige, prinzipiell konservative Institution mit Neuem überflutet. Dem Neuen, das seine Begründung und damit seinen Sinn weder aus der pädagogischen Praxis oder ihrer Theorie noch aus dem gesellschaftlichen Auftrag der Schule abgeleitet hat, sondern letztlich allein aus der Idee des Neuen selbst. Zusammenhanglos, theorielos, erfolglos und ziellos wurden unzählige Reformen (...) den Schulen einfach übergestülpt. (...)

Es scheint, als wisse die Gesellschaft nicht mehr, was sich pädagogische Praxis vor Ort leisten kann und soll. Es wird ihr viel zu viel zugemutet und gleichzeitig wird sie ständig kritisiert. Sie soll also alles richten und gleichzeitig traut man es ihr nicht zu. Die Gesellschaft wird pädagogisiert, lebenslanges Lernen verlangt, aber an den Schulen verschwindet das Pädagogische, das Kind soll selbst entscheiden, selbst aussuchen, selbst organisieren, selbstständig lernen, die Lehrperson höchstens noch als Coach und Beobachterin wirken.

(Christine Staehelin, Primarlehrerin BS, Condorcet-Blog 26.09.2023)

Offene Grenzen

Was uns dann blüht, zeigt sich drastisch auch im Asylbereich. Die linken Pläne sind ein Horror-Programm, das auf die Zerstörung der Schweiz zielt. Die Linken wollen offene Grenzen, sie wollen die Illegalen legalisieren, sie wollen die Kosten und damit die Umverteilung in unbezahlbare Höhen schrauben – sie wollen Asyl für die ganze Welt.

(NR Marcel Dettling, SVP-Sonderparteiag, 01.07.2023)

Hält, was er verspricht.
Martin Hübscher
In den Nationalrat
2x auf Ihre Liste

Liste 1 SVP Die Partei des Mittelstandes

Für Züri in Nationalrat!
Waser bringt
Bärns Mühle in
Schwung!

Liste 1 SVP Die Partei des Mittelstandes
Urs Waser www.urs-waser.ch

Bestimmen die Jungsozialisten, wer in der Schweiz politisieren darf?

Juso: «Die SVP muss weg!»

von Patrick Walder, Kantonsrat, Verwaltungsratsmitglied Schweizerzeit Verlags AG, Dübendorf ZH

«Die Schweiz hat keinen Platz für die SVP. Die SVP muss weg!» – Das ist ein Zitat aus dem Positionsprogramm der Juso (Jungsozialisten) Schweiz, das an der Delegiertenversammlung vom 24. September 2023 verabschiedet wurde. Das Positionspapier trägt den Titel «Wieso die SVP unsere Freiheit und Demokratie gefährdet».



Man darf sich schon fast geehrt fühlen, dass die Juso Schweiz extra ein Positionspapier zur SVP schreibt und an einer Delegiertenversammlung ausführlich behandelt. Sie zeigt damit auf, dass kein Thema sie mehr beschäftigt als die Stärke der SVP, der grössten Partei der Schweiz. Wer bisher geglaubt hat, dass die Juso eigene Rezepte und Ideen an den Mann und die Frau bringen will, um damit bei der Wähler-

schaft zu punkten, der wird nun endgültig eines Besseren belehrt.

Irgendwie hat das Ganze auch etwas Positives. Wenn sich der politische Gegner nur noch mit der SVP beschäftigt, fehlt ihm die Zeit, die arbeitende Bevölkerung und die Gewerbetreibenden zu schikanieren. Ein solches Positionspapier ist aber nicht zu verharmlosen. Es erzeugt ein feindseliges Klima, das von der Juso absichtlich geschürt wird. Die Juso steht nicht zu unserer Demokratie – zum Wettbewerb der Argumente. Sie möchte unliebsame Andersdenkende «ausrotten». Es ist ein klarer Aufruf, nicht mit dem politischen Gegner zu diskutieren und keine abweichenden Meinungen zuzulassen. Nein, diese Andersdenken müssen gemäss Positionspapier weg. Da muss man sich nicht wundern, dass ein solches Klima immer wieder zu Gewalt gegen Andersdenkende führt.

Aktuelle Beispiele dafür: Die gewalttätigen Störungen beim «Marsch fürs Läbe» oder die feige Attacke auf Nationalrat Thomas Matter nach einer Wahlveranstaltung in Winterthur.

Nebst aktiver Gewalt missbrauchen linke Parteien und Organisationen immer wieder den Anti-Rassismus-Artikel im Strafgesetzbuch, indem sie versuchen, unangenehme «Warner» mundtot zu machen. 2019, als ich Präsident der SVP des Kantons Zürich war, hat die SVP die zunehmende Gewalt von Eritreern und deren hohe Sozialhilfequote thematisiert. Dies mittels eines Videos und mit Medienmitteilungen. Prompt wurde Strafanzeige gegen meine Person und gegen die SVP eingereicht.

Die linken Organisationen versuchen mit Hilfe des Anti-Rassismus-Gesetzes, unbequeme Stimmen zum Schweigen zu bringen. Es soll nicht mehr gesagt werden dürfen, was wirklich passiert und was richtig ist. Das ist auch ein Angriff auf das Miliz-System. Welcher Gewerbler will sich noch politisch engagieren, wenn er Gefahr läuft, wegen seiner ehrenamtlichen Tätigkeit mit einer Strafanzeige rechnen zu müssen?

Dabei sind genau diese Leute wichtig für unsere Demokratie. Wir brauchen auf allen politischen Ebenen Politikerinnen und Politiker, die einem Beruf nachgehen und Arbeitsplätze schaffen. Nur solche Personen überlegen sich, ob ein Gesetz wirklich notwendig ist. Hoffen wir, dass nach dem 22. Oktober die Miliz-Politiker und Gewerbler wieder die Oberhand haben und nicht Antidemokraten, deren einziger Programmpunkt zum Ziel hat, Andersdenkende zu vernichten.

Patrick Walder

Keine 10-Millionen- Schweiz!

patrick-walder.ch

In den
Nationalrat

2x auf
Ihre Liste

Patrick
Walder

Verwaltungsratsmitglied «Schweizerzeit» Verlags AG

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1

SCHWEIZER
QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

«Das aktuelle Zitat»

«Wenn wir uns kasteien, unseren Lebensstandard durch Verbrennerverbote senken und zudem noch eine extrem wettbewerbsfähige Autoindustrie durch staatliche Produktionsverbote kaputtmachen, sollte man hoffen, dass dabei für das Klima wenigstens etwas herauspringt. Das ist aber nicht so. Vier Jahrzehnte lang führen bei Nachfrageeinbrüchen von Teilen der Welt die Tanker einfach nur anderswohin, wo das Öl zu fallenden Preisen vollständig verbrannt wurde. Erst die Coronakrise wirkte wie ein Gegenkartell, das die OPEC in die Knie zwang, weil alle Nachfrageländer von der Pandemie erfasst waren. Also ist ein klimapolitischer Alleingang beim Öl sinnlos, sofern er sich der Nachfragekürzung bedient, während ein Klimaklub wirken würde.»

Hans Werner Sinn, ehem. Chef des Ifo-Instituts, in der «FAZ» am 9.9.2023

«Unsere Landwirtschaft leistet täglich einen wichtigen Beitrag für die Versorgungssicherheit der Schweiz. Bundesbern erlässt als Dank dafür immer mehr Vorschriften. Ich kämpfe dafür, dass diese Regulierungsflut endlich abnimmt und die produzierende Landwirtschaft gefördert wird.»

Mike Egger, Nationalrat Kanton St. Gallen

Schweizerzeit STIFTUNG

Eine Investition für eine freie, unabhängige Schweiz

Die Schweizerzeit-Stiftung ermöglicht dem Verlag «Schweizerzeit» die Realisierung von Publikationen und Informationsanlässen zur Stärkung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz.

Sie unterstützen die Schweizerzeit-Stiftung zum Beispiel, indem Sie in Ihrem Testament ein
Legat
an die Schweizerzeit-Stiftung vorsehen.

Oder Sie können als Stiftungs-Gönner dem Schweizerzeit-Club beitreten.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren?

Schweizerzeit-Stiftung

Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer

Tel. 052 301 31 00 / Mail: stiftung@schweizerzeit.ch

Für eine
sichere Zukunft
in Freiheit!

2x
auf Ihre
Liste

Am 22. Oktober:

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1  SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

In den Nationalrat



Anita Borer Domenik «Lädi» Ledergerber

Senioren: An die Urnen!

von Ulrich Schlüer, alt Nationalrat, Flaach ZH



Von 1995 bis 2011 am Parlamentsbetrieb beteiligt, dürstet es mich keineswegs nach zweiter Karriere in Bern. Meine Kandidatur ist Signal an die Senioren: Eure Stimme ist gefragt! Die Stimmen von allen Senioren! Setzt sie ein am 22. Oktober! Für unsere Nachkommen, für unsere Heimat, für die Schweiz!

Rot-Grün hat abgewirtschaftet: Allzu viele von ihnen haben noch nie auch nur einen einzigen Franken an ihren eigenen Lebensunterhalt verdient. Aber von den Leistungen anderer zehrend, führen sie das grosse Wort. Lautstark verhindern sie, dass die Absage von Volk und Ständen an die überbordende Masseneinwanderung endlich umgesetzt wird. Die Folgen sind verheerend: Der Schulunterricht bricht zusammen, den Spitälern droht der Kollaps, die Sozialhilfekosten explodieren, täglich erleben wir den Zusammenbruch des öffentlichen wie des privaten Verkehrs.

Und die Landschaft wird in einem Tempo zubetoniert, wie das keine Generation vor Rot-Grün in unserem Land je verschuldet hat. Sie aber predigen «Verdichtung» – und öffnen alle Grenztore sperrangelweit!

Demokratie und Gemeinde-Autonomie werden mit Füssen getreten. Funktionäre regieren. Überall. Zum Beispiel im Zürcher Unterland und im Weinland. Dort werden von der rot-grünen Baudirektion derzeit Kornfelder und Wiesen asphaltiert. Und schöne Dörfer von wahren Umleitungs-Orgien heimgesucht. Keineswegs für den Bau der seit Jahrzehnten versprochenen Umfahrung Eglisau. Nein, ein Kreisel wird perfektioniert, auf dass sich Autolawinen (täglich zehntausend

Grenzgänger in beiden Richtungen!) noch viel rascher und verderblicher in die Dörfer ergiessen.

Unsinniger geht's wahrhaftig nicht! Und jede Mitsprache der Bevölkerung wird abgewürgt, ja verlacht. Niemand hat die Landschaft radikaler zerstört als Rot-Grün heute. Aber Verdichtung soll – jede Demokratie verachtend – weiteren Massen den Weg in die Schweiz öffnen.

Die Energieversorgung ist bedroht. Zürichs rot-grüner Baudirektor will jetzt 120 Windkraftwerke in die Landschaft stellen – an aller Demokratie vorbei. Dass jedes dieser Maxi-Windräder ein Fundament aus zweihundert Tonnen Beton benötigt – gegossen in Wälder, auf Äcker, auf Wiesen – verschweigt er. Nur die Städte bleiben davon verschont. Diese alles zerstörende Funktionärsdiktatur muss verschwinden! Ohne Verzug. Dafür müssen auch die Senioren ihre Wahlzettel nutzen – aus Verantwortung vor den Nachkommen, vor den Enkelinnen und Enkeln. Auch ihnen müssen Demokratie und Freiheit erhalten bleiben. Und lebenswerte Landschaften!

Senioren, auch Eure Wahlzettel gehören am 22. Oktober 2023 in die Wahlurnen. Schluss mit rot-grüner Bürokratie und Anmassung, Schluss mit rot-grüner Landschaftszerstörung. Allein die SVP kann die verderbliche, täglich von Rot-Grün angetriebene Masseneinwanderung endlich unterbinden.

Ulrich Schlüer ist im Kanton Zürich Spitzenkandidat auf der SVP-Liste Ü55, Liste 14

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 14



«Schweizerzeit»-Special

Fr. 69.– pro Monat exkl. MWST.
inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax

inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten, Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität, dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0, automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-Display, farbig

3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCotex AG – 041 799 50 00

Stephanie Gartenmann

in den Nationalrat!

jung
bürgerlich
verwurzelt



Liste 2

2x auf jede Liste am 22. Oktober 2023
www.stephanie-gartenmann.ch



Bundesverfassung 1848: Einzigartiger Akt der Unabhängigkeit

Die Schweiz als Auftrag

Jubiläumsrede von a. Nationalrat und Bundesrat Christoph Blocher «Zum 175. Jahrestag der Schweizerischen Bundesverfassung». Gehalten am 12. September 2023 im «Thurgauerhof» Weinfelden und hier in gekürzter Form wiedergegeben.



Auf den Tag genau vor 175 Jahren, am 12. September 1848, ist die moderne Schweizerische Bundesverfassung in Kraft getreten. Sie machte aus dem bisherigen lockeren Staatenbund der Eidgenossen einen festgefühten Bundesstaat. Das ist wahrlich einer Erinnerung wert. Der Thurgau stimmte nämlich damals mit der grossen Mehrheit der Kantone für das neue Verfassungswerk, und zwar mit 13'384 Ja gegen 2054 Nein.

Die Thurgauer sind schon viele Jahre vorher vorangegangen. Der aus Weinfelden stammende Matzinger Pfarrer Thomas Bornhauser löste 1830 mit seiner Schrift «Über die Verbesserung der thurgauischen Staatsverfassung» eine liberale Volksbewegung aus, die dann auch auf andere Kantone übergriff: «Thurgauer, der Hahn hat gekräht», lautete sein Weckruf. Bornhauser forderte Öffentlichkeit der Staatsgeschäfte, Gewaltentrennung, direkte Wahlen und die Handels- und Gewerbefreiheit. Am 22. Oktober und am 18. November 1830 fanden grosse Volksversammlungen vor dem «Gasthaus zum Trauben» statt – noch bevor sich auch in den Kantonen Zürich und Bern die Freiheitsbewegung durchsetzte.

Gerne nehmen die Freisinnigen heute in Anspruch, sie seien die Gründer unseres Bundesstaates. Tatsächlich handelte es sich um eine Gründung der liberal-radikalen Grossfamilie, aus der dann später die Freisinnigen, die BGB (heutige SVP) und die demokratischen Parteien hervorgegangen sind. Sie sehen also: Zu den Gründern unseres Bundesstaates gehörte damals auch die heutige SVP.

Diese Bundesverfassung musste hart erkämpft werden. Denn die Franzosen hatten im Grunde die Eidgenossenschaft über fast 200 Jahre in Abhängigkeit gehalten. 1798 waren sie sogar in die Schweiz eingefallen. Vordergründig versprachen sie «Freiheit», «Gleichheit» und «Brüderlichkeit» – vor allem den Untertanengebieten –, in Wirklichkeit hatten sie es auf die Kontrolle

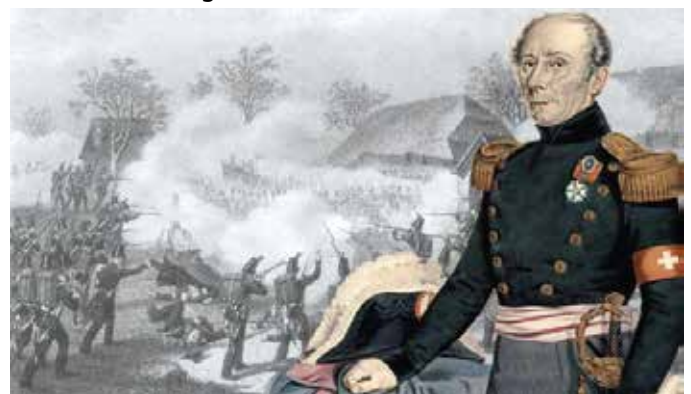
der Alpenpässe und auf den manchenorts angehäuften Staatsschatz abgesehen. Immerhin wurde der Thurgau – als gemeine Herrschaft – von der eidgenössischen Fremdherrschaft befreit und schliesslich zum eigenständigen, gleichberechtigten Kanton.

Bundesvertrag von 1815

Nach dem Sturz Napoleons folgte 1815 ein Bundesvertrag mit einem lockeren Staatenbund der 22 unabhängigen Kantone und einer Tagsatzung als beratendem Organ, in der im Prinzip alle Kantone gleich viel zu sagen hatten. Der Vorort, also der Ort der Tagsatzung, wechselte alle zwei Jahre zwischen Zürich, Bern und Luzern. Zwar konnte die Schweiz beim Wiener Kongress 1815 die Bestätigung der Grossmächte von ihrer immerwährenden bewaffneten Neutralität erreichen. Ein grosser Nachteil blieb aber bestehen: Der Bundesvertrag von 1815 kannte keine Möglichkeit der Veränderung, er hatte keine Revisionsklausel.

Seit den 1830er Jahren drängten die liberalen Kantone vor allem des Mittellandes auf die Verwirklichung eines Staates mit grösserer Bundeskompetenz. Weil es verfassungsmässig keine friedliche Revision gab, konnten sie leider fast nur revolutionär, gewaltsam vorgehen. Nach der Berufung der Jesuiten nach Luzern kam es 1844 und 1845 zu zwei gescheiterten bewaffneten Freischarenzügen der Liberalen.

Sonderbundskrieg



Guillaume Henri Dufour

Auch die liberalen Kantone rüsteten sich zu einem Waffengang – anders war die neue Ordnung nicht möglich. Der Bürgerkrieg, «Sonderbundskrieg» genannt, dauerte im November 1847 nur wenige Wochen und forderte knapp hundert Todesopfer. Der ausgleichende General Guillaume-Henri Dufour, ein sehr populärer Truppenführer und späterer Gründer des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), sorgte mit einem massvollen, human geführten Feldzug dafür,

dass sich die Unterlegenen Sonderbundskantone später mit der neuen Schweiz abfinden konnten



Ulrich Ochsenbein

Die Verfassung von 1848 bedeutete einen einzigartigen Akt der Unabhängigkeit. Die Schweiz hatte genug von den ewigen Einmischungen des Auslandes in ihre inneren Angelegenheiten. Es war der grosse Moment des wichtigsten Schöpfers unserer Bundesverfassung, nämlich von Ulrich Ochsenbein. Er liess als Tagsatzungspräsident hinter seinem Sessel in der Berner Heiliggeistkirche die «Burgunder-Teppiche» aufgehängt, also die Kriegsbeute von 1476, als die alten Eidgenossen Karl den Kühnen bei Grandson besiegt hatten. Die aktuelle Botschaft ans Ausland sollte lauten:

«Ihr könnt ja versuchen, Euch einzumischen oder gar militärisch einzumarschieren. Aber passt bloss auf, sonst ergeht es Euch wie seinerzeit dem Burgunderherzog Karl dem Kühnen: «Bei Grandson das Gut, bei Murten den Mut, bei Nancy das Blut!»»

Bundesbrief von 1291

Nichts ist falscher als die Behauptung, die Bundesgründer von 1848 hätten nichts mit dem Bundesbrief von 1291 zu tun. Dem widerspricht ja schon die Einleitung «Im Namen Gottes, des Allmächtigen!» Die Verfassungsgeber von 1848 beschworen auch die «erhebendsten geschichtlichen Erinnerungen vaterländischer Heldenzeit». Der neue Bund war für sie die Bekräftigung des alten Bundes.

Jona Furrer und Johann Konrad Kern

Als Preussen, Russland, Österreich-Ungarn und Frankreich der Schweiz die Gründung eines Bundesstaates verbieten wollten, antwortete Jonas Furrer aus Winterthur: «Die unabhängige Schweiz wird sich weiterhin selber regieren.» Sie sei selbstbestimmt und neutral. Wie sie ihre inneren Angelegenheiten regle – so Furrer wörtlich – «kann nicht Sache anderer Staaten sein.»

Bei der neuen Bundesverfassung von 1848, die in ihren Grundsätzen heute noch besteht, war der Thurgauer Jurist Johann Konrad Kern einer der bedeutendsten Baumeister. Mit dem Waadtländer Henry Druey wurde er zum Redaktor der Revisionskommission gewählt. Bei den siebenwöchigen Beratungen entwarf Kern das Arbeitsprogramm und formulierte die Verfassungsartikel. Er war Koordinator der täglichen Arbeit, verantwortlich für die Textgestaltung und immer wieder um Ausgleich der Gegensätze bemüht. Niemand hätte damals wohl geahnt, dass diese Verfassung unserem Land in kurzer Zeit Unabhängigkeit, Frieden und Wohlstand bringen würde. Es handelt sich bei der Bundesverfassung von 1848 zweifellos um die grösste politische Leistung der neueren Schweizergeschichte.

Doch gehen wir noch einmal zurück ins ausgehende Jahr 1847. Nach geschlagenem Sonderbundkrieg traf sich zwei Tage später erstmals die wichtigste Kommission, die jemals in der Schweiz zusammengetreten ist. In 51 Tagen schuf diese Kommission im Berner Rathaus des Äusseren Standes an 31 Sitzungen eine Schweizerische Bundesverfassung, die in ihren Grundzügen noch immer besteht.

Bundesverfassung 1848

In der neuen Bundesverfassung wurde die Rechtsgleichheit aller Bürger garantiert. Der Bund erhielt die Kompetenz, die jeweiligen Kantonsverfassungen zu gewährleisten. Man entwarf einen einheitlichen Wirtschaftsraum ohne die schädlichen Binnenzölle. Bei der Verteilung der Zolleinnahmen wurden die eher ärmeren Gebirgskantone begünstigt. Masse, Gewichte und Postwesen wurden vereinheitlicht. Die Landesverteidigung sollte ein «Bundesheer» mit Milizcharakter gewährleisten.

So entstand am 12. September 1848 die einzige stabile Demokratie auf dem europäischen Festland. Keiner der 23 Verfassungsgeber hätte der damals als unzureichend beurteilten, aus der Not der Zeit geborenen Bundesverfassung ein 175-jähriges Überdauern vorausgesagt. Eine besonders wichtige Rolle spielten die liberalen Katholiken, die einen zentralistischen Einheitsstaat verhinderten

Fünf wichtige Jahreszahlen

Es gibt fünf wichtige Jahreszahlen, fünf wichtige Meilensteine in der Schweizer Geschichte, die Sie, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, sich merken müssen. Das erste ist das Jahr 1291, die Gründung der Eidgenossenschaft.

Das zweite wichtige Datum ist das Jahr 1848 als Gründungsjahr des Bundesstaates. Das dritte ist 1874. Damals wurde im Rahmen der demokratischen Bewegungen die Bundesverfassung totalrevidiert, weil das Volk die direkte Demokratie einführen wollte und mehr Mitsprache verlangte. Die vierte wichtige Jahreszahl ist das Jahr 1992, genau genommen der 6. Dezember 1992. Damals hatten in der Schweiz das Volk und die Stände die Kraft, Nein zu sagen zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und damit zum späteren Beitritt in die Europäische Union. 50,3 Prozent der Stimmbürger und 18 Kantone und Halbkantone verwarfen diesen Kolonialvertrag, der Brüssel als Gesetzgeber und obersten Richter installiert hätte. Obwohl die Classe politique damals den Untergang der Schweiz voraussagte, hat sie prächtig überlebt. Und schliesslich müssen wir uns das fünfte Datum als Meilenstein der Schweizergeschichte merken: Am 26. Mai 2021 hatte der Bundesrat, vertreten durch Bundespräsident Guy Parmelin, die Kraft und den Mut, zu einem ähnlichen Kolonialvertrag Nein zu sagen, nämlich zur Institutionellen Anbindung an die EU.

Christoph Blocher

pneu 
bösiger
 langenthal



IHR KOMPETENTER REIFEN- & AUTOPARTNER IN LANGENTHAL

**PNEUSERVICE | AUTOSERVICE | KLIMASERVICE
 AUTOVERKAUF | AUTOVERMIETUNG**

Neben Pneus vom Profi
 finden Sie bei uns auch
 gepflegte Occasionen und
 interessante Neuwagen.



100% 

Den Kompass wieder richtig einstellen

Anfang Juni konnte ich zusammen mit dem Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr einen Truppenbesuch beim Heeresstabsbataillon 20 in Airola machen, dessen «Götti» der Kanton Zürich ist. Truppe und Kader waren hochofren über den Besuch aus Zürich, und ein sehr engagierter Bataillonskommandant zeigte uns ein eindrückliches Programm. Das Bataillon hatte einen klaren Auftrag und erfüllte ihn mit hohem Pflichtbewusstsein.

Eine Frage beschäftigte mich danach einmal mehr: Wie kann es sein, dass derart motivierte Leute von der Politik und der Verwaltung teils vergessen worden sind? Wir können diesen Armeeangehörigen nicht genug dankbar sein, dass sie ihren Dienst für unser Land leisten und nicht in den Zivildienst abgerückt sind. Diese Bürger in Uniform – mit einem bedeutenden Anteil Secondos – sind wahre Patrioten.

Versagen der Politik

Sind Politik und Militärverwaltung auch so bereit wie die echte Miliz? Nein, sind sie nicht! Trotz Krieg in Europa macht man in den klimatisierten Büros weiter wie vorher. Die Politik hat es einst in der Illusion, wir seien «nur noch von Freunden umgeben», so vorgegeben, und die Verwaltung hat es umgesetzt. Statt Ausrüstung und Versorgungsgüter der Truppe dezentral

zu lagern, ging man zu zentralen Logistikcentern über, die mit einem Marschflugkörper ausgeschaltet werden könnten. Als es 2014 um den Erhalt der Festungsminenwerfer ging, musste der damalige SVP-Nationalrat Hans Fehr nicht gegen die GSoA ankämpfen, sondern gegen Experten des VBS!

Einsatzbereitschaft wieder herstellen

Heute lacht niemand mehr über «kalte Krieger». Nun sind es die erfahrenen Troupiers, die gewisse Neutralitäts-Abschaffer bremsen müssen. Der Kompass muss dringend wieder auf die Verfassung ausgerichtet werden: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung». Die Verteidigungsfähigkeit der neutralen Schweiz muss wieder hergestellt werden. Die Armee ist voll auszurüsten und zu stärken. Dafür muss rasch wieder die Gewissenprüfung beim Zivildienst eingeführt werden. Die Politik muss der Armee – spätestens nach dem 22. Oktober – einen klaren Auftrag und die nötigen Finanzmittel geben, damit sie ihren Verteidigungsauftrag wieder erfüllen kann. Es gilt nun richtig zu wählen. Dies sind wir unserem Land und unseren Soldaten schuldig!

Daniel Wäfler, Kantonsrat, Präsident der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit, Hptm aD

Daniel Wäfler

in den Nationalrat

www.daniel-waefler.ch

Verantwortung übernehmen - Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Dafür stehe ich ein:

- für einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz
- für eine produzierende und nachhaltige Landwirtschaft
- für eine kontrollierte Zuwanderung der nötigen Fachkräfte
- für eine sichere und unabhängige Schweiz mit einer glaubwürdigen Armee
- für den Erhalt unserer bewährten Schweizer Werte



2 x
auf Ihre
Liste



In den **Ständerat:**
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1

Kurskorrekturen in der Raumplanung

Unzensuriert



Ende September hat das Parlament eine Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (genannt «RPG 2») verabschiedet. Die Vorlage ist als Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative der Umweltverbände gedacht, die massive Beschränkungen für Bauwillige, Grundeigentümer und Gemeinden zur Folge hätte. Anders als man vielleicht meinen könnte, enthält der Gegenvorschlag nicht bloss neue Vorgaben, die einfach etwas weniger weit gehen als die Initiative. RPG 2 enthält gleichzeitig auch echte Verbesserungen für die Landwirtschaft, die Gemeinden und Grundeigentümer. Dazu drei Beispiele zur Erläuterung:

- Künftig besteht keine Pflicht mehr für Gemeinden, Mehrwertabgaben bei Um- oder Aufzonungen zu erheben. Es bestehen gute Gründe zum Verzicht auf staatliche Abgaben vom Mehrwert des Landes bei Um- und Aufzonungen. Mehrwertabschöpfungen hemmen die Bereitschaft der Eigentümer zur inneren Verdichtung; gerade in Zeiten des Wohnungsmangels sind solche Fehlanreize zu vermeiden.
- Künftig verjährt eine Wiederherstellungspflicht bei Bauten ohne Baubewilligung ausserhalb der Bauzone nach dreissig Jahren. Heute kann eine Wiederherstellung

zeitlich unbeschränkt durchgesetzt werden. Diese lebensfremde Praxis stellt z.B. Eigentümer vor ein Problem, die vor langer Zeit ein Gebäude ohne Kenntnis der fehlenden Bewilligung erworben haben. Zudem sind vor längerer Zeit erteilte Bewilligungen oft nur rudimentär abgefasst, was zu Beweisschwierigkeiten führen kann.

- Landwirte, die ihren Betrieb mit einer bodenunabhängigen Produktion (u. a. Hühnerhaltung mit zugekauftem Futter) aufstocken wollen, müssen heute belegen, dass ihr Betriebsschwerpunkt nach wie vor abhängig ist vom eigenen Land. Diese im Gesetz nicht explizit genannte Hürde behindert unternehmerisches Denken in der Landwirtschaft und damit die Selbstversorgung des Landes. Mit RPG II soll es für innere Aufstockungen wieder ausreichen, dass die gängigen und einfach nachprüfaren Kriterien (insb. Deckungsbeitrag, Trockensubstanz) erfüllt sind.

Die Beispiele haben etwas gemeinsam: Es wird eine im geltenden Recht nicht ausdrücklich genannte Praxis korrigiert, die erst durch die Rechtsprechung des Bundesgerichts eingeführt worden ist. Die breit abgestützte gesetzgeberische Korrektur baut nicht nur bürokratische Hürden ab, sondern zeigt einmal mehr auf, dass politische Entscheide durch Gerichte hierzulande nicht goutiert werden.

Patrick Freudiger

Unternehmer nach Bern!

Wählen Sie wirtschaftsfreundlich,

- » weil erfolgreiche Unternehmen und eine produzierende Landwirtschaft für Sicherheit und Stabilität sorgen!
- » weil nur gesunde und florierende Unternehmen unsere Sozialwerke finanzieren können!
- » weil unsere Gewerbebetriebe nicht nur über Bildung reden, sondern jährlich über 100'000 Jugendliche ausbilden!

Kanton Zürich:

**Wählen Sie am 22. Oktober 2023 die
KMU-Unternehmerliste 22**



2x auf
jede Liste

In den Nationalrat

Hans-Ulrich Bigler

hansulrich-bigler.ch

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter



Krankenkassenprämien: Alle Jahre wieder

Mehr Wettbewerb, weniger staatliche Lenkung!

von Toni Bortoluzzi, a. Nationalrat, Affoltern am Albis ZH

Alle Jahre wieder, ist man geneigt zu sagen. Steigende Krankenkassen-Prämien gehören zur Spitze der gesellschaftlichen Probleme. Wiederkehrend hört man von Bemühungen zur Gesetzeskorrektur, oder es werden einfach mehr Prämienbeiträge des Staates gefordert.



Aktuell versucht man im Parlament, die seit über zehn Jahren diskutierte einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (EFAS) zu verabschieden. Damit könnte man Interessenkonflikte bei den Leistungserbringern vermeiden – eine überfällige Massnahme. Mit dem Einbezug der Langzeitpflege droht die Vorlage aber wegen Überladung

Schiffbruch zu erleiden. Zusätzliche Korrekturen am Gesetz sind eine weitgehend wirkungslose «Pflasterli»-Politik. Dazu gehört die aktuell angekündigte Reduktion der Medikamentenpreise. Auch die Erhöhung von Selbstbehalt und Franchise wird nichts entscheidend verändern.

Unsere Gesundheitsdirektorin, Regierungsrätin Natalie Rickli, propagiert die Aufhebung des Obligatoriums. Dies wäre eine wirksame Massnahme zur Vermeidung gleichgültigen Leistungsbezugs. Allerdings würde eine solche Massnahme wohl als Reduktion der Versorgungssicherheit empfunden und wäre in einer Volksabstimmung kaum mehrheitsfähig.

Wo liegt das Hauptproblem?

Selbstverständlich sind die zunehmenden medizinischen Möglichkeiten, die älter werdende Bevölkerung und die massive Zuwanderung für höhere Gesundheitskosten mitverantwortlich. Die grösste Schwäche allerdings ist systembedingt: Der Anbieter bestimmt die Menge und der Kunde (Patient) will ohne Einschränkung versorgt werden – und es wird mehr oder weniger automatisch alles bezahlt. Die Kostenkontrolle der Krankenkassen funktioniert zwar, konzentriert sich aber nur auf Ausreisser, die mit aufwendiger Beweislast zur Rechenschaft gezogen werden. Gesundheitsökonomien sprechen von gegen zwanzig Prozent unnötiger Leistungen zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung.

Obligatorium stärken durch integrierte Versorgung

Das Krankenversicherungsgesetz (KVG) schreibt seit seiner Inkraftsetzung Mitte der 90er Jahre vor, die erbrachten Leistungen zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung müssten wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sein. Soweit wäre alles klar. Nur kontrolliert das niemand konsequent, und das oben beschriebene System begünstigt das Gegenteil.

Um dem Gesetzestext zu entsprechen, ist es unumgänglich: Die Grundversicherung muss gestrafft werden. Das System des integrierten Versorgungsnetzes ist eine Möglichkeit dazu – ohne Einschränkung medizinischer Leistungen. Es braucht den Zusammenschluss der medizinischen Fachpersonen, die dem Versicherten eine über die gesamte Behandlungskette koordinierte Behandlung anbieten. Die Leistungserbringer sind, von den Krankenkassen unabhängig, in der Ausgestaltung ihres Netzes frei. Die Versorgungsnetze sind Betriebe, die mit den Krankenkassen Verträge aushandeln. Der Grundversicherte verpflichtet sich, Leistungen ausschliesslich über das gewählte Versorgungsnetz zu beziehen; darüber hinaus gehender Leistungsbezug ist nur mit Zusatzversicherungen möglich.

Die Eigenständigkeit, der zur Verschreibung von Leistungen zu Lasten der Grundversicherung berechtigten Medizinal-Personen wird durch die Einbindung in ein Netzwerk eingeschränkt, und der uneingeschränkte Zugang der Grundversicherten zu allen Anbietern entfällt. Das Obligatorium wird auf solche Netzwerke beschränkt. Die Krankenkassen erhalten so ein marktwirtschaftliches Modell und können im Interesse ihrer Versicherten mit einer Mindestanzahl von Netzwerken Verträge abschliessen. Dadurch wird auch der Wettbewerb im überobligatorischen Bereich gestärkt.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg

Selbstverständlich ist mit einem solchen Modell die zunehmende medizinische Versorgung der Gesellschaft nicht einfach beseitigt. Es braucht den Willen, sich auf das Notwendige zu konzentrieren und die Leistungserbringer in die wirtschaftliche Pflicht zu nehmen. Mit der seit zehn Jahren gültigen neuen Spitalfinanzierung wurde ein erster richtiger Schritt getan. Die zunehmende ambulante Behandlung anstelle von stationärem Aufenthalt im Spital ist eine weitere positive Entwicklung. Ärgerlich ist, dass die veraltete Tarif- und Finanzierungsordnung den veränderten Leistungs-Abläufen nicht gerecht wird und den Spitalern unnötig Defizite beschert. Ersten Korrekturen am System müssen weitere folgen.

Ob der Druck stetig steigender Gesundheitskosten und die zunehmende Prämienlast etwas bewirkt? Die Gefahr besteht, dass man das zarte Pflänzlein von Leistungswettbewerb in der Gesundheitsversorgung durch staatliche Eingriffe bremst und auf weitergehende Massnahmen verzichtet.

Toni Bortoluzzi

Macherqualitäten sind gefragt

Zurück zur erfolgreichen Schweiz!

von Christian Imark, Unternehmer, Familienvater und Nationalrat, Fehren SO

Erfolgreich sein bedeutet in erster Linie, sich nicht von Ablenkungsmanövern beeinflussen zu lassen. Gerade im Bundeshaus versuchen Medien und Lobbyisten, ihre Interessen durchzusetzen. Oft zum Nachteil der Schweiz und der Bevölkerung. Es braucht darum wieder mehr Bodenständigkeit und Macherqualitäten in Bern, sowie den Willen, sich für unser Land und das Volk einzusetzen.

Kinder lassen sich gerne ablenken. Aber auch Erwachsene sind oft der Versuchung ausgesetzt, sich durch Kommerz, Studien und Empfehlungen ablenken zu lassen. Dabei gilt es stets, die wesentlichen Dinge von den Unwesentlichen zu unterscheiden. Wenn Oberflächlichkeit und Sauglattismus überhandnehmen, bleiben Ordnung, Gesundheit, Bildung und Wohlergehen auf der Strecke.

Den Fokus behalten

Auch mein Alltag als Unternehmer ist voll von Versuchung und Ablenkung. Behörden inszenieren bürokratische Marathonläufe, bremsen die Effizienz und kassieren Gebühren und Abgaben. Knallharte Preisverhandlungen prägen das Alltagsgeschäft, Verkäufer nutzen Tricks und Mittel, um ihre Produkte am Markt durchzusetzen. Am Ende des Tages, des Monats und des Jahres muss jede Unternehmung finanziell gesund dastehen, damit sie weiterexistieren kann und die Angestellten ihre Familien ernähren können. Und weit vor erfolgreichen Geschäftsabschlüssen wurden hohe Investitionen

getätigt und noch mehr Geduld benötigt. Nur wer den Fokus beibehält, wird auf Dauer erfolgreich sein.

Menschen mit Macherqualitäten

In Bern versuchen viele Protagonisten, politische Entschiede zu erzwingen. Schnell werden dabei wichtige Verfassungsgrundsätze und Werte über Bord geworfen, die unser Land erfolgreich gemacht haben. Werte wie Unabhängigkeit, direkte Demokratie und Neutralität geraten immer wieder in die Defensive. Aber auch bestandene Konzepte, wie etwa eine sichere und bezahlbare Energieversorgung oder eine nachhaltige und qualitative Entwicklung der Bevölkerung, werden pseudowissenschaftlichem Aktivismus und falschen Prioritäten geopfert. Darum ist es wichtig, dass Personen in den National- und Ständerat gewählt werden, die auch bei massivem Gegenwind standfest bleiben und das Wohl der Bevölkerung im Auge behalten. Es braucht Leute mit echten Macherqualitäten.

Christian Imark



Verwaltungsrat der Ausgleichskasse Solothurn (AKSO) kapituliert

Bürokratismus killt Effizienz

Interview mit Kantonsrat Rémy Wyssmann, Kriegstetten SO

Herr Wyssmann. Der Verwaltungsrat der AKSO ist zurückgetreten. Was ist passiert?

Rémy Wyssmann: Der Verwaltungsrat hat den notwendigen Schritt getan, nachdem er gemerkt hat, dass er nicht in der Lage ist, die Probleme in der AKSO zu lösen.

Welches sind denn die Probleme und wie könnte man diese lösen?

Die AKSO hat ein Führungs- und kein Ressourcenproblem. Die AKSO hat zu viele Hierarchiestufen. Sie hat zu viele Häuptlinge und zu wenig Indianer. Die Ausgleichskasse des Kantons Bern macht es besser: Kurze und rasche Entscheidungswege und vor allem hört man den wertvollen Mitarbeitern zu. Bei der AKSO werden demgegenüber kritische Mitarbeiter, die eine Verbesserung wollen, mit Strafanzeigen eingeschüchtert. Es herrscht ein Klima der Angst. Das muss sofort aufhören! Ich fordere deshalb einen sofortigen Rückzug der Strafanzeigen.

Wie hat nun aber die verantwortliche Regierungsrätin reagiert?

Meines Erachtens völlig falsch. Statt das Vertrauen der Kundschaft und Mitarbeiter aus eigener Kraft sofort wieder zurückzugewinnen, hat sie eine externe Studie in Auftrag gegeben. Zudem will sie neue Mitarbeiter einstellen, welche mit viel Aufwand zuerst eingearbeitet werden müssen. Das wird die instabile Situation noch verschärfen.

Was soll aber an einer Studie falsch sein?

Wenn der Regierungsrat selber eine von ihm mit Steuergeldern bezahlte Studie in Auftrag gibt, ist das Resultat der Studie vorbestimmt: Seitens des Regierungsrates und des von ihm protegierten Verwaltungsrates wurden keine Fehler gemacht.

Wahrscheinlich wird dann den Kritikern oder den Zweigstellen die Schuld in die Schuhe geschoben. Der Regierungsrat will ja die Zweigstellen schon seit langem abschaffen und alles in der AKSO zentralisieren. Das ist eindeutig der falsche Weg.

Warum soll man die Zweigstellen nicht abschaffen?

Weil ältere und kranke Menschen auf Hilfe vor Ort angewiesen und mit den komplizierten Formularen der AKSO komplett überfordert sind. Und weil solche Menschen nicht über die finanziellen Mittel verfügen, um sich die notwendige IT-Infrastruktur leisten zu können.

Sehen Sie Parallelen zu ähnlichen Baustellen im Kanton? Welche Konsequenzen ziehen Sie? Was ist Ihre Schlussfolgerung?

Ja, eindeutig! Bei der Solothurner Spitäler AG verhält es sich wie bei der AKSO: Der Verwaltungsrat spielt mit unseren Beitrags- und Steuergeldern «Unternehmerlis», dies bar jeglicher politischer Kontrolle. Und der Kantonsrat als oberste Aufsichtsbehörde schläft weiter. Wer aber im Kanton schläft, wird auch in Bern keine Stricke zerreißen.

S.



Rémy Wyssmann
in den Nationalrat

2 x auf Ihre Liste

Ich unterstütze Rémy Wyssmann, weil er sich für die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Solothurn einsetzt. Unabhängig und ohne Mandate von Organisationen.

Thomas Frey, Geschäftsführer und Gemeindepräsident, Hüniken

Liste 5 www.remy-wyssmann.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes



Sibylle Jeker-Fluri
in den Nationalrat

www.sibylle-jeker.ch

«Als politisch engagierte Frau vertrete ich eine moderate Ausrichtung. Ich vertrete die Anliegen der Bevölkerung bürgernah und befürworte wirtschaftlich tragbare Lösungen.»

2 x auf Ihre Liste

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Liste 5

Wo bleibt der gesunde Menschenverstand?

Die spinnen – die Stadtzürcher

von Thomas Fuchs, a. Nationalrat und Grossrat, Bern

Ich habe es satt, mitansehen zu müssen, wie die Linken unser Leben verändern wollen. Statt Mami und Papi muss man in Zürich neu «Elternteil» sagen! Stellen Sie sich ein kleines Kind vor, das gestürzt ist und um Hilfe ruft und weint und statt Mami «Elternteil!» schreit! Die Realität geht in der Politik immer mehr verloren.



Bittere Realität ist aber, dass die Krankenkassenprämien steigen und steigen, und dass die Berner Regierung gewisse Autokategorien stärker belasten will, obwohl das Stimmvolk dies letztes Jahr klar abgelehnt hat.

In der linken Wohlfühloase Bern missachtet die linke Ratsmehrheit einmal mehr die Wirtschafts- und Gewerbefreiheit. Eine Mehrheit des Parlamentes und der Regierung will tatsächlich, dass Auto- und Flugwerbung in Bern künftig mit einem Warnhinweis versehen wird, wonach Fliegen der Umwelt und damit auch der Gesundheit dieser und künftiger Generationen schweren Schaden zufüge. Immer mehr Politikerinnen und Politiker scheinen zudem einen «Schaden» zu haben. Man müsste daher vielmehr Warnhinweise auf ihren

Wahllisten anbringen, weil ihre Wahl unserem Land erheblichen Schaden zufügt.

Sektenähnliches Diktat

Die absurde Idee des erwähnten Vorstosses kam übrigens von den sektenähnlich agierenden Jungen Alternativen, welche auch bei Stadtfesten alles nach dem eigenen Gusto vorschreiben und reglementieren wollen. Sie wollen bestimmen, welche sexuellen Ausrichtungen erlaubt sein sollen und wer was essen muss. Kein Wunder findet man dann auf ihren Wahllisten jemanden, der einen queerfeministischen Sexshop führt, oder eine Studentin für Gender Studies. Braucht das die Schweiz?

Asylchaos stoppen

Vollkommen aus dem Ruder läuft aber auch das Asylunwesen. Dabei wäre es einfach: Schlepper stoppen, alle Grenzen sichern und dies notfalls mit der Armee.



**Wählbar im ganzen
Kanton Bern!**



Erich Hess
wieder
in den **Nationalrat**

**Haben Sie Fragen zum
Ausfüllen der Wahlunterlagen?
Wahlinfo-Telefon: 031 398 42 00
Montag bis Sonntag, von 8 bis 23 Uhr**

2x auf
Liste 1



bisher



Die Rezepte wären einfach, finden aber wegen den linken Parteien im Rat und dank der gnädigen Mithilfe der Mitte keine Mehrheiten. Keine Asylverfahren mehr in der Schweiz, Schaffung von Transitzonen, Auslagerung der Aufnahmezentren ins Ausland, konsequente Rück-schaffung von Asyl-Migranten. Wer als Asylbewerber in seinem Heimatland Ferien macht, verliert sofort sein Aufenthaltsrecht. Und wer sein Gastrecht missbraucht und Delikte begeht, muss die Schweiz verlassen.

Die illegale Asyl-Migration hat ein unerträgliches Ausmass angenommen. Per Ende August befanden sich 129'132 Personen im Asyl-Prozess. Im August wurden 3'000 zusätzliche Asylgesuche gestellt, was einem Plus von fast vierzig Prozent gegenüber dem Vormonat entspricht. Allein der Bund hat vier Milliarden Franken Asyl-Ausgaben budgetiert. Das sind 1'800 Franken Steuergelder pro vierköpfigen Haushalt! Die linksgrüne Asylpolitik spielt den kriminellen Schlepperbanden in die Hände. Hunderttausende Asyl-Migranten kommen nach Europa. In der Mehrheit handelt es sich um junge Männer aus Afrika, Afghanistan, der Türkei und aus arabischen Ländern. Diese kriminell organisierte Asyl-Migration muss gestoppt werden. Genauso wie die linksgrünen Profiteure der Asyl-Industrie.

Grenzkontrollen gegenüber Italien sind ein erster Schritt. Weitere Massnahmen müssen folgen:

- Der Bundesrat hat gegenüber allen Nachbarstaaten systematische Grenzkontrollen einzuführen. Dazu muss der Bundesrat notfalls auch die Armee aufbieten, wie das auch der Tessiner SVP-Nationalrat Piero Marchesi gefordert hat.
- Sofortiger Aufnahme-Stopp für Asyl-Migranten. Illegale Asyl-Migranten sind per sofort in geschlossenen Ausschaffungszentren unterzubringen.
- Keine Asylverfahren mehr in der Schweiz. Der Bundesrat hat Verhandlungen mit Drittstaaten einzuleiten für Aufnahme-Zentren im Ausland

Wahltag ist Zahntag

Dies alles wird aber nur möglich sein, wenn am 22. Oktober 2023 die SVP deutlich zulegt. Die linksextremen Jungsozialisten fordern unverfroren, dass die SVP verschwinden müsse und innerhalb einer demokratischen Struktur keinen Platz habe. Helfen auch Sie mit, dass der Wahltag auch zum Zahntag wird und demokratiefeindliche Parteien wie die Juso oder die Jungen Alternativen die Quittung erhalten. Wer beim Ausfüllen des Wahlmaterial konkrete Fragen hat, darf sich gerne kostenlos unter dem Wahlinfo-Telefon (Montag bis Sonntag 031 398 42 00) melden. Der Schweiz zuliebe braucht es dringend mehr SVP!

Thomas Fuchs



Janosch Weyermann **Sandra Schneider**

zusammen mit Erich Hess (bisher) in den Nationalrat

Wählbar im ganzen Kanton Bern!

Junge SVP *Alle je 2x auf*
Liste 2

Kanton Bern
Canton de Berne

Wahlzettel für die Nationalratswahlen 2023
Bulletin pour l'élection du Conseil national 20

Liste Nr. / N° de liste	Partei- / Parteibezeichnung / Parti	Muster
2	Junge SVP	
Kand.-Nr. / N° des candidats	Namen der Kandidatinnen und Kandidaten / Nom des candidats et candidates	Kand.-Nr. / N° des candidats
02062	Sandra Schneider	
02062	Sandra Schneider	
02038	Janosch Weyermann	
02038	Janosch Weyermann	
01031	Erich Hess	
01031	Erich Hess	

Kanton Bern
Canton de Berne

Muster

Wahlzettel
Ständeratswahlen vom 22. Oktober 2023
Bulletin
Élection du Conseil des États du 22 octobre 2023

1. *Werner Salzmann*

Werner Salzmann
wieder in den Ständerat!



Nur so wird es funktionieren

Gutscheine statt Bargeld

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Seit Wochen wird dem Schweizer Bürger eindrücklich vor Augen geführt, wie Eritreer ihre Händel und kriegerischen Auseinandersetzungen in unser Land importieren.



Dabei handelt es sich einerseits um Sympathisanten des jetzigen Regimes und auf der anderen Seite um jene, welche dem Regime in Eritrea feindlich gesinnt sind und dies als Grund für ihre Flucht angeben. Wer zu welcher Gruppe gehört, ist nicht klar zu definieren. Viele Geflüchtete geben an, dass sie sich der Gefahr ausgesetzt sahen, einen längeren Nationaldienst bzw. Militärdienst leisten zu müssen, was jeweils vom Staatssekretariat für Migration (SEM) als Fluchtgrund akzeptiert wurde, obwohl die Wehrdienstverweigerung explizit keinen Asylgrund darstellt.

Regimetreue Flüchtlinge?

Auf die Frage, warum regimetreue Eritreer überhaupt hier als Flüchtlinge leben, wird jeweils damit erklärt, dass diese bereits seit längerer Zeit hier lebten und in einem früheren Migrationszeitraum in die Schweiz eingereist seien. Diese Aussage ist falsch und wurde kürzlich von der «Weltwoche» als Lüge entlarvt. Richtig ist, dass alle aus Eritrea bei uns Asyl beantragen können, ohne dass eine korrekte Überprüfung stattfindet.

Die Chefin des SEM, Staatssekretärin Christine Schraner Burgener, hat nach den Auseinandersetzungen in den Medien erklärt, dass regimetreue Eritreer mit dem Entzug des Asylstatus rechnen müssten. Sie hat jedoch sofort nachgeschoben, dass zwangsweise Rückführungen wegen fehlender Kooperation gar nicht möglich sind.

Die Lösung ist doch viel einfacher und liegt – wie so vieles – beim lieben Geld. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), das SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft) und das SEM pumpten und pumpen

Millionenbeträge in die Länder am Horn von Afrika. Zusätzlich überweisen nach Berechnungen der Weltbank hier lebende Migranten jährlich Milliarden in ihre Herkunftsländer, und so dürfte auch viel Geld nach Eritrea fließen. Das freut natürlich die eritreischen Machthaber, und die Bereitschaft, mit der Schweiz ein Rücknahmeabkommen abzuschliessen, ist praktisch bei Null. So war es auch nicht verwunderlich, dass vor ein paar Jahren der eritreische Aussenminister in die Schweiz reiste, um hier mit Landsleuten eine Party zu feiern, während er nie die Zeit fand, sich mit unserem Aussenminister Cassis zu treffen.

Was ist zu tun?

Festzustellen, wer ein böser und wer ein guter Eritreer ist – mit dem Resultat, dass ohnehin keiner die Schweiz verlassen muss – ist ein Hornberger Schiessen erster Güte. Offensichtlich zahlen wir derart viel Sozialhilfe, dass davon Gelder in die Heimatländer überwiesen werden können. Und hier liegt der Schlüssel:

Wer in unser Land flüchtet und Sozialhilfe bezieht, soll nur ein bescheidenes Taschengeld erhalten. Der Staat kommt für sämtliche Grundkosten auf, und für die Bedürfnisse des täglichen Lebens ist ein betrugssicheres System auf der Basis von Gutscheinen einzuführen.

Eine solche Regelung hätte für unser Land ausschliesslich Vorteile. Wer als richtiger Flüchtling gemäss Genfer Konvention an Leib und Leben bedroht ist, dem dürfte es völlig egal sein, auf welche Weise sein Aufenthalt hierzulande finanziert wird. Und wer nur des lieben Mammons wegen hier ein Asylgesuch gestellt hat, wird sich schnell eine lukrativere Destination suchen oder in sein Herkunftsland zurückkehren.

Markus Melzl

Nicole
Burger
in den Nationalrat

**Mehr Freiheit und mehr Demokratie -
dafür stehe ich ein.**

 **2x auf Ihre Liste 1**




... und Benjamin
Giezendanner in den
Ständerat

Lebenswichtige Güter wieder selber produzieren

Versorgungssicherheit rasch gewährleisten

von Christoph Hagenbuch, Grossrat, Präsident Bauernverband Aargau, Oberlunkhofen

Sind zwei Franken für einen Liter Benzin schlimm? Wirklich schlimm ist es erst, wenn man am Zapfhahn steht und kein Benzin rauskommt. Die Schweiz hat bei Lebensmitteln einen Selbstversorgungsgrad von nur rund fünfzig Prozent. Bei vielen anderen lebenswichtigen Produkten importieren wir bis zu 100 Prozent des Bedarfs. Das ist ein erhebliches Risiko.



Darum hat die Schweiz ab den 1920er Jahren erstmals Pflichtlager mit Getreide angelegt und diese Pflichtlager über die Jahrzehnte auf weitere Güter ausgedehnt. Um die Jahrtausendwende änderte sich die politische Grosswetterlage. Krieg in Europa schien ausgeschlossen. Die Schweiz war angeblich nur noch von «Freunden» umgeben. 2004

wurde die Vorratshaltung u. a. von Seife, Schmieröl, Kakaobohnen und Saatgut komplett aufgegeben – und jene von Lebensmitteln wurde auf einen Viermonatsvorrat gekürzt. Man sparte damit lächerliche 18 Franken pro Einwohner und Jahr. 2018 wurde die Pflichtlagerhaltung von Ethanol aufgehoben. Die Folge: Zu Beginn der Corona-Pandemie bestand ein akuter Mangel an Desinfektionsmitteln.

Pflichtlager ausbauen, lebenswichtige Güter selber produzieren

Für eine sichere wirtschaftliche Landesversorgung, die auch in Krisenzeiten funktioniert, müssen die Pflichtlager lebenswichtiger Produkte ausgebaut werden. Vier Monate Brotweizen-Pflichtlager tönt nach einer langen Zeit. Nach einer immer möglichen Missernte dauert es jedoch volle zwölf Monate bis zur neuen Ernte. Und wie verlässlich der Import in einer Mangellage funktioniert, haben wir am Beispiel Gesichtsmasken vor wenigen Jahren schmerzhaft erfahren. Zudem müssen wir wieder mehr lebenswichtige Güter selber produzieren. Weil es billig sein muss, werden Medikamente für die ganze Welt in China und Afrika produziert. Mit dem Resultat, dass Antibiotika für Kinder, Blutdruckmittel oder Insulin aktuell Mangelware sind.

Bei den Nahrungsmitteln ist es dasselbe. Geiz ist geil! Das Ausland produziert billiger – mit der Folge, dass die inländische Produktion heruntergefahren wird (Stichwort Brachen und Ökoflächen) und die Lebensmittel zunehmend vom Ausland in die Schweiz gekarrt werden. Ob die Importe auch in einer Notsituation, z. B. einer weltweiten Mangellage, noch funktionieren?

Lebenswichtige Güter haben einen Preis

Lebenswichtige Güter wie Nahrungsmittel, Medikamente und Energie haben einen Preis und einen Wert. Wir müssen uns dessen wieder stärker bewusst werden. In der Not ist ein Sack Kartoffeln mehr wert als eine Tausendernote.

Wenn wir unabhängig sein und sicher leben wollen, müssen wir sofort und nicht erst in der nächsten Krise in die Versorgungssicherheit investieren und die Produktion von Nahrungsmitteln und wichtigen Gütern wieder in die Schweiz zurückholen.

Christoph Hagenbuch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP

Für Perspektiven statt Wunschdenken.
Mit Verstand und Kompetenz nach Bern!

2x
AUF IHRE LISTE

CHRISTOPH HAGENBUCH
Landwirt, Unternehmer, MSc ETH Agr
in den Nationalrat

www.christoph-hagenbuch.ch

Wieder in den Nationalrat

“Für die Zukunft der Schweiz ist es zentral, dass wir an unseren Erfolgsrezepten direkte Demokratie, Föderalismus, Milizprinzip und Unternehmertum festhalten.”

- ✓ unternehmerisch
- ✓ zuverlässig
- ✓ engagiert



Liste 1

Thomas Burgherr



Und Benjamin Giezendanner in den Ständerat!

www.thomasburgherr.ch

Deutliche Mehrheit verlangt:

Die Massenzuwanderung endlich stoppen!

Die Schweizer Bevölkerung will die masslose Zuwanderung bremsen. Das zeigt nicht nur das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative, sondern auch eine neue Umfrage. Um den Volkswillen endlich umzusetzen, müssen die bürgerlichen Kräfte gestärkt werden.

Fast zwei Drittel der Schweizer wollen die Zuwanderung begrenzen. Dies zeigt eine grosse Tamedia-Umfrage. 62 Prozent der Befragten sagen, die Zuwanderung müsse «jetzt» eingeschränkt werden. Diese Forderung findet eine Mehrheit in allen Regionen, von Jung bis Alt, in der Stadt, in der Agglomeration und auf dem Land – und sogar bei der in der Schweiz wohnhaften ausländischen Bevölkerung.

In der Gruppe der über 65-Jährigen stimmen siebzig Prozent der Forderung zu, die Zuwanderung zu begrenzen. Auf dem Land wollen 67 Prozent eine Begrenzung, in der Agglomeration sind es 63 Prozent. Und selbst in den Städten, wo Links-Grün herrscht, spricht sich eine klare Mehrheit von 55 Prozent für eine Limitierung des Zuwanderungsstroms aus.

Auch die Wähler sämtlicher bürgerlicher Parteien befürworten eine Begrenzung. Am deutlichsten ist das Resultat bei der SVP mit 93 Prozent. Aber auch

fast drei Viertel der FDP-Wähler sehen es gleich. Eine erdrückende Mehrheit von über siebzig Prozent der Mitte-Sympathisanten will die Zuwanderung ebenfalls drosseln.

Dumm ist nur, dass ausser bei der SVP die Parteispitzen die Sorgen der Basis nicht ernst nehmen. Darum heisst es bei den Wahlen am 22. Oktober: SVP wählen und endlich die masslose Zuwanderung stoppen!

Philipp Gut

Churz & Bündig

Zweihundert Kraftwerke mit Windmonstern liefern pro Jahr ein Terawatt Strom. Die hundertachtzigtausend Mehreinwohner, die sich 2022 dank obrigkeitlich geförderter Masseneinwanderung in der Schweiz niedergelassen haben, benötigen pro Jahr indessen rund 1,3 Terawatt Strom.

Mit anderen Worten: Selbst wenn in der Schweiz die Landschaft alljährlich mit zweihundert weiteren Windmonstern von 250 Metern Höhe verschandelt wird, kann der Mehrbedarf an Strom, der als Folge der Masseneinwanderung jährlich zusätzlich konsumiert wird, nicht befriedigt werden.

*

In den letzten zwanzig Jahren wurden in der Schweiz mehr als hunderttausend Asylbegehrende infolge fehlenden Anspruchs auf Asyl (sie konnten keinerlei Verfolgung geltend machen) zu «vorläufig Aufgenommenen» erklärt. Von Rechts wegen hätte man sie ins Herkunftsland zurückweisen müssen.

Im gleichen Zeitraum wurde für achthundert Ausländer (also deutlich weniger als ein Prozent) die vorläufige Aufnahme beendet. Ebenfalls im gleichen Zeitraum wurden siebentausend abgewiesene, faktische Asylbetrüger eingebürgert. Zahlen, die der Bundesrat bestätigt.

us



Am 22. Oktober 2x auf Ihre Liste

Gut gewählt, gut für uns

PHILIPP GUT in den Nationalrat

In den Ständerat Benjamin Giezendanner



Christian Glur in den Nationalrat

Eine vo eus, für eusi Schwiiz

2x auf Ihre Liste

Liste 1

Sascha Schmid: «Üsi Heimat zerscht»

Sascha Schmid, 29-jährig, IT-Revisor, vertritt seit über sieben Jahren den Wahlkreis Werdenberg im St.Galler Kantonsrat. Aktuell ist er als Fraktionsvizepräsident an der Führung der grössten Fraktion im Kantonsrat beteiligt. Künftig möchte er sich in der nationalen Politik engagieren und kandidiert für die SVP auf Liste 1 für den Nationalrat.

Illegale Migration stoppen; eine sichere Landesversorgung; mehr Freiheit

- Bereits 2015 engagierte er sich mit der Gründung des Vereins «Sichere Grenzen im Rheintal» für systematische Grenzkontrollen. «In Bern werde ich mich weiterhin für verstärkte Grenzkontrollen einsetzen, um der illegalen Migration Einhalt zu gebieten», so Schmid. Mit einem Punktesystem, wie es bereits Australien und Kanada kennen, will er auch die reguläre Zuwanderung nach klaren Kriterien einschränken.
- Zudem setzt sich Schmid für eine sichere Landesversorgung, für tiefere Steuern, gegen Regulierungsflut sowie konsequent gegen einen EU-Beitritt und fremde Richter ein. Zu Letzterem ist Sascha Schmid überzeugt: «Wir müssen nach den Wahlen bereit sein – der Bundesrat wird eine Neuauflage des Rahmenabkommens bewusst nach den Wahlen lancieren.»

Mike Egger: «En Büezer für Bern»

Geregelte Zuwanderung; sichere Landes- und Energieversorgung; attraktive Berufsbildung, produzierende Landwirtschaft

- Unser Land steuert ungebremst auf die 10-Millionen-Schweiz zu. Dies schlägt sich in zunehmendem Stromverbrauch, steigenden Wohnungsmieten, mehr Stautunden und überfüllten Zügen nieder. Damit die Schweiz in Zukunft ihre hohe Lebensqualität behält, muss die Zuwanderung eigenständig gesteuert werden.
- Als erfolgreiche Wirtschaftsnation müssen wir jederzeit fähig sein, genügend Strom selbständig und unabhängig vom Ausland zu produzieren. Der technologieoffene Zubau von verlässlichen Stromanlagen muss nun Priorität gegenüber links-grünen Träumereien haben.
- Das duale Bildungssystem ist die grosse Stärke unseres Landes. Als gelernter Fleischfachmann setze ich mich daher aktiv für eine Berufsbildungsoffensive ein.
- Unsere Landwirtschaft leistet täglich einen wichtigen Beitrag für die Versorgungssicherheit der Schweiz. Bundesbern erlässt als Dank dafür immer mehr Vorschriften. Ich kämpfe dafür, dass diese Regulierungsflut endlich abnimmt und die produzierende Landwirtschaft gefördert wird.

Sascha SCHMID

Mike EGGER bisher

in den Nationalrat

Büeze für d'Heimat

2X

am 22. Oktober auf Ihre Liste

SVP
Die Partei des Mittelstandes
Liste 1

In der Zwingli-Stadt Zürich haben die militanten Gleichgeschlechtlichen durchgesetzt, dass ihnen fortan das Recht zusteht, als Tote auf dem Friedhof ausschliesslich neben ihresgleichen auf ihnen ausdrücklich reserviertem Gräberfeld ewig ruhen zu dürfen. Ihnen als Gleichgeschlechtlichen sei es selbst nach ihrem Ableben nicht zumutbar, als Tote neben Nicht-Gleichgeschlechtlichen, neben nicht mit komplizierter, kaum merkbarer Buchstabengruppe Ausgezeichneten zur letzten Ruhe gebettet zu werden.

Zürichs Behörden – wie immer, wenn Gleichgeschlechtliche Sonderrecht fordern – spüren.

*

Seit 1848, seit die Schweiz eine Bundesverfassung hat, gilt in unserem Land der Grundsatz «Gleiches Recht für alle». Dies war vor 175 Jahren eine in Europa einzigartige, vorbildhafte Errungenschaft – verabscheut von Europas Monarchen, lebhaft begrüsst von allen Demokraten. Das Jubiläum «175 Jahre Bundesverfassung» feiern wir heuer – wobei Rot-Grün-Parlamentarier dies im Nationalratsaal mittels seichtblödelndem Auftritt glaubten abhaken zu können.

Seit 1848 gilt in der Schweiz: Tote erfahren – unabhängig ihres Standes, der Interessengruppe, der sie sich zu Lebzeiten verpflichtet gefühlt haben – grundsätzlich gleiche Behandlung. Kein Toter kann bestimmen, wen er neben seinem eigenen Grab duldet und wen nicht.

Solcherart gleiches Recht soll in Grün-Rot-Zürich künftig nicht mehr gelten. Schwule und der erwähnten Buchstabengruppe sich zugehörig Fühlende verlangen und erhalten Sonderrecht. Auch als Tote.

Gleiches Recht für alle?

Nur sie? Was geschieht, wenn jetzt – zum Beispiel – die Velofahrer, sich bereits zu Lebzeiten als zweirädrige Heilige aufführend, sich künftig nur noch neben Velofahrern bzw. -innen als zur Totenruhe befähigt erklären? Zürichs links-grüne Behörden würden sich vielleicht auch diesen seit Jahren Gehätschelten gegenüber zum Kniefall veranlasst fühlen. Was aber, wenn danach auch die Freunde des Motorrads die Respektierung gleicher Gefühle bis über ihren Tod hinaus verlangen? Oder die Vogelschützer? Oder Zürichs Zünfter? Oder die Freunde des Waadtländer Weins? Sollen diese diskriminiert werden? Weil deren Gefühle Zürichs Offiziellen als weniger heilig vorkommen als jene der Schwulen?

Bereits zirkulieren auch hartnäckig Gerüchte, wonach sich die der ewigen Ruhe übergebenen Gleichgeschlechtlichen zur Verteidigung ihres neuen Rechts auf besondere Totenruhe mit der Gründung eines Vereins befassen – wobei Fragen, wie das Präsidium bestimmt und die Beitragspflicht umgesetzt werden können, einer raschen Gründung des Vereins noch im Weg zu stehen scheinen.

*

All die gesetzgeberisch-geistigen Verrenkungen, zu welchen die behördlichen Bevorzuger gleichgeschlechtlicher Totenruhe in den kommenden Monaten und Jahren noch gezwungen sein dürften, werden in der Limmatstadt wohl noch lang für angemessene Unterhaltung sorgen. Aber Vieles lässt vermuten, dass ein Kerngehalt der derzeit gefeierten Bundesverfassung von 1848 – «Gleiches Recht für alle» – in Zürich schon bald der Vergangenheit angehören könnte.

us

Habsburgisch-kaiserliches Beerdigungs-Ritual

Vom Kaiser zum Menschen

Selbst im habsburgischen Kaiserhaus, berühmt oder berüchtigt für sein ebenso detailliert ausgestaltetes wie eisern durchgesetztes Hofzeremoniell, lag und liegt der Bestattung auch von Persönlichkeiten in kaiserlichem Rang die christliche Glaubens-Überzeugung zugrunde, wonach ein Hochrangiger eben gerade nicht mit all seinen ererbten Titeln und erhaltenen Ehrungen vor Gott zu treten hat, vielmehr ausschliesslich als Mensch mit seinem Glauben. Letztmals kam das Bestattungszeremoniell im Juli 2011 zur Anwendung, als Otto von Habsburg – Thronfolger des letzten Kaisers, der, weil Österreich die Monarchie nach dem Ersten Weltkrieg abgeschafft hat, nie in Amt und Würden eingesetzt wurde – zur letzten Ruhe getragen wurde. Den Trägern seines Sargs ging ein Herold voraus, der mit seinem Heroldstab dreimal an die geschlossene Türe der Kapuzinerkirche zu klopfen hatte.

Herold: «Otto von Österreich, einst Kronprinz von Österreich-Ungarn, königlicher Prinz von Ungarn und Böhmen, von Dalmatien, Kroatien, Slawonien, Galizien, Lodomerien und Illyrien, Grossherzog von Toskana und Krakau, Herzog von Lothringen, von Salzburg, Steyr, Kärnten, Krain und der Bukowina, Grossfürst von Siebenbürgen, Markgraf von Mähren, Herzog von Ober- und Niederschlesien, von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, von Auschwitz und Zator, von Teschen, Friaul, Ragusa und Zara, gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol, von Kyburg, Görz und Gradisca, Fürst von Trient und Brixen, Markgraf von Ober- und Niederlausitz und in Istrien, Graf von Hohenems, Feldkirch, Bregenz, Sonnenberg etc., Herr von Triest, von Cattaro und auf der Windischen Mark, Grosswojwode der Wojwodenschaft Serbien, etc., etc.»

Stimme von innen: «Wer begehrt Einlass?»

Stimme von innen: «Wir kennen ihn nicht!»

Der Herold klopft mit seinem Stab erneut dreimal an die geschlossene Tür der Kapuzinerkirche.

Stimme von innen: «Wer beehrt Einlass?»

Herold: «Doktor Otto von Habsburg, Präsident und Ehrenpräsident der Paneuropa-Union, Mitglied und Alterspräsident des Europäischen Parlamentes, Ehrendoktor zahlreicher Universitäten und Ehrenbürger vieler Gemeinden in Mitteleuropa, Mitglied ehrwürdiger Akademien und Institute, Träger hoher und höchster staatlicher und kirchlicher Auszeichnungen, Orden und Ehrungen, die ihm verliehen wurden in Anerkennung seines jahrzehntelangen Kampfes für die Freiheit der Völker, für Recht und Gerechtigkeit.»

Stimme von innen: «Wir kennen ihn nicht!»

Zum drittenmal klopft der Herold mit seinem Stab dreimal an die geschlossene Tür der Kapuzinerkirche.

Stimme von innen: «Wer beehrt Einlass?»

Herold: «Otto – ein sterblicher, sündiger Mensch!»

Stimme von innen: «So komme er herein!»

us



Das Büro Ha deckt auf!



Die Drangsalierer. Sie drangsalieren uns schon wieder. Die Internationale Energie-Agentur (IEA) sieht die Energiepolitik der Schweiz auf guten aber zu langsamen Wegen. Sie empfiehlt der Schweiz deshalb, den Umbau ihres Energiesystems rascher voranzutreiben. So soll der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen die Bewilligungsverfahren für Energieinfrastrukturen beschleunigen. Möglichst rasch sollen auch die ab 2030 wirksamen klimapolitischen Massnahmen definiert werden, um das Netto-Null-Emissionsziel bis 2050 zu erreichen. Weiter regt die IEA an, Energieeffizienzmassnahmen in allen relevanten Politiken der Schweiz konsequent zu berücksichtigen.

Einfacher: Die IEA will den Kantonen befehlen! Die Integration in den europäischen Strommarkt mittels eines Stromabkommens würde laut IEA sowohl die Stromversorgungssicherheit der Schweiz als auch die der EU-Mitgliedstaaten stärken. Eine glatte Lüge! Genau das Gegenteil wäre der Fall. Wir würden uns noch mehr in Abhängigkeit schaukeln – in das Stromchaos der Deutschen.

Tis Hagmann



Insider packt aus!

Was hinter den Kulissen der Medien abläuft, während die Öffentlichkeit mit Propaganda eingelullt wird.

Im Hexenkessel der Bundeshaus-Medien Tagebuch eines Insiders

Martin Hasler

Taschenbuch, 346 Seiten
CHF 20.– zzgl. Versand; eBook CHF 16.–

Verlag: martin-hasler.ch

Erhältlich bei: shop.martin-hasler.ch

oder im Buchhandel

Martin Hasler arbeitete ab 1982 als technischer Mitarbeiter beim öffentlich-rechtlichen Rundfunkunternehmen SRG SSR für das Schweizer Fernsehen im Studio Bundeshaus. Während seiner 39 Dienstjahre lernte er Dutzende Bundesräte und Parlamentarier aus nächster Nähe kennen. Nach dem Ausbruch der Pandemie zwang ihn die beispiellose Ignoranz im grössten elektronischen Medienhaus der Schweiz, den Dienst im Oktober 2021 zu quittieren und das Unternehmen zu verlassen.

SVP zerstört Rotgrün?



Die SVP fährt im Stadtzürcher Parlament einen angriffigen Kurs gegen jeden linken Irrsinn. Und in der Stadt Zürich gibt es haufenweise davon. Als Beispiel seien die antidemokratischen Allmachts-Phantasien der linken Regierung genannt: Der Stadtrat kann in eigener Kompetenz bis zwei Millionen Steuerfranken ausgeben. Dennoch kaufte er «in eigener Kompetenz» für 32 Millionen Steuerfranken Gam-

melhäuser auf. Dafür hätte der Stadtrat die Einwilligung des Parlaments holen müssen, stellte das Verwaltungsgericht fest. Das Gericht stellte auch fest, dass die Finanz-Trickserei des Stadtrats im Zusammenhang mit dem Stadtspital widerrechtlich war. Der Stadtrat wollte widerrechtlich 176 Millionen Steuerfranken abschreiben.

Obwohl der Gemeinderat die Aufsicht über den Stadtrat ausübt, ist der vollzählige Stadtrat nie anwesend, wenn der Gemeinderat tagt und über die Geschäfte des Stadtrats berät. Ausdruck von Arroganz und Frechheit – oder der Stadtrat will sich nicht Woche

für Woche von der SVP die Kappe waschen lassen. Als weiteres Beispiel sei die hohe Inkompetenz des Stadtrats genannt: Die Droge Crack macht sehr schnell süchtig und aggressiv. Im März 2023 forderte die SVP den Stadtrat auf, die Ausbreitung von Crack in Zürich mit allen Mitteln zu verhindern. Damals gab es noch keine offene Drogenszene. Aber der linke Stadtrat handelte aufgrund seiner Inkompetenz oder seiner Linksideologie nicht. Heute haben wir in der Stadt Zürich wieder eine offene Drogenszene, die an den Platzspitz in den 1980er-Jahren erinnert. Die SVP-Fraktion klärt die Öffentlichkeit über solche Skandale, welche die Kartellmedien totschiweigen wollen, regelmässig mit Inseraten auf.

Rotgrün verliert durch den parlamentarischen Kurs der SVP merklich an Ansehen. Für die eidgenössischen Wahlen gibt es vielleicht auch deshalb kaum Werbefahnen von linken Parteien an Häusern in der Stadt Zürich. Bei seiner Kampagne für den Ständerat verzichtet Daniel Leupi («Grüne») sogar vollständig auf den Hinweis, dass er amtierender Stadtrat ist.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

Persönliche Wahlempfehlung für den Kanton Luzern

Liebe «Schweizerzeit»-Leserinnen und Leser aus dem Kanton Luzern

Bei den Nationalratswahlen vom 22. Oktober 2023 ist von besonders hoher Dringlichkeit, dass starke Persönlichkeiten gewählt werden, die mit Sachverstand und Beharrlichkeit den Bundesämtern und der Verwaltung auf die Finger schauen. Und vor allem: Dass Politiker nach Bern kommen, die über einen Leistungsausweis aus Beruf und Gesellschaft verfügen, unabhängig und finanziell nicht auf ein Nationalratsmandat angewiesen sind. Denn wie Dr. Ueli Schluer richtig geschrieben hat: Nur solche Politiker leben für den Staat und die Allgemeinheit – und nicht von ihnen.

Bernhard Steiner, Dr. phil. nat. der Biologie und Kinderarzt (Chinderdokter vo Wolhuse), vierfacher Familienvater und Kantonsrat aus Entlebuch, erfüllt exakt diese Anforderungen. Wir haben die einmalige Chance, mit Beni Steiner einen ausgewiesenen Fachmann in Bildungs- und Gesundheitsfragen nach Bern zu schicken, der darüber hinaus auch in allen anderen Themen unsere Gesinnung teilt.

Ich bitte Sie: Wählen Sie im Kanton Luzern SVP und setzen Sie neben Franz Grüter auch **Bernhard Steiner** 2x auf Ihre Nationalratsliste. Herzlichen Dank!

Anian Liebrand





Einladung zum Fachreferat

Peter Regli

Der Divisionär aD und ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

«Die Ukraine, Putin und Xi – wie weiter?»

Organisiert durch:

PRO + LIBERTATE
www.prolibertate.ch

PIKOM

Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

➡ **Mittwoch, 18. Oktober 2023**

➡ **Auditorium der Kaserne Bern**

Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstr. 27)

➡ **18.45 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Referat**



100 Jahre
S + samariter

Samaritervereinigung Bern
www.bernernsamariter.ch

Mit einer grossen Portion Schweizer Tradition und Heimat

Mit unserem «Samariter-Atlas» bieten wir Ihnen Informatives zu Themen wie Pilze, Kräuter, Gewürze, Obst und Gemüse. Entdecken Sie leckere Rezepte, vielseitige Anwendungsbereiche und lassen Sie sich zu passenden Ausflugs-Tipps inspirieren. Die Atlanten umfassen jeweils 74 Seiten und sind zum Preis von 10 Franken pro Exemplar erhältlich.

Ich bestelle folgende Samariter-Atlanten mit zahlreichen Rezepten, Ausflugsstipps und lehrreichen Informationen:

- _____ Expl. «Kern- und Steinobst»
_____ Expl. «Kräuter und Gewürze»
_____ Expl. «Chrut und Rüebli – Alles über Gemüse»
_____ Expl. «Hut ab! Alles über Pilze»
_____ Expl. **NEU:** «Wo der Pfeffer wächst – Reise durch die Welt der Gewürze»



Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon einsenden an: **Berner Samariter, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern**
Tel. 031 981 34 40, Fax 031 981 41 61, E-Mail samariter@gmx.ch



Vielfältige *SCHWEIZERZEIT-* Leserschaft



hf. Zu erstem Mal bin ich dem damaligen Sekundarlehrer mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtung begegnet, als er ein ideenreiches Mitglied der Sportkommission der SVP des Kantons Zürich (unter dem Präsidium des legendären Karl Meier aus Niederhasli) war. Zusammen haben wir damals, ab 1985, u.a. der Initiative zur Abschaffung der kantonalen Billettsteuer zum Durchbruch verholfen. Dabei ergab sich eine höchst interessante und spannende Zusammenarbeit mit verschiedenen Sport(funktionärs)grössen wie beispielsweise Sepp Vögeli, Direktor der Tour de Suisse und des Hallenstadions, sowie mit Leuten aus der Kino- und Spielautomatenbranche. Aufgefallen ist mir Karl Bertschinger immer wieder als engagiertes Parteimitglied und – regelmässig an der Albigüetlitagung – als versierter Tänzer mit seiner Frau Hanna, geborene Surbeck. Kürzlich habe ich ihn an einem politischen Anlass wieder getroffen, und wir kamen ins Gespräch.

Karl Bertschinger (kabe@ggaweb.ch)

«Geboren am 1. August 1949, bin ich mit vier Geschwistern in Weiningen, damals einem Bauerndorf im Limmattal, aufgewachsen. Mein Vater war Sekundarlehrer. Speziell an meiner Sekundarschulzeit war, dass ich zu meinem Vater in die Schule ging. Nach der Sekundarschule besuchte ich die Oberrealschule in Zürich, die ich mit der Matura C abschloss. Anschliessend bildete ich mich zum Sekundarlehrer phil. II aus (der Apfel fällt nicht weit vom Stamm). Dann unterrichtete ich ein Jahr lang in Erlenbach am Zürichsee.

In Volketswil – damals im Volksmund «Göhnerswil» genannt – findet Karl Bertschinger seine Lebensstelle. Während zwei Jahren amtet er zudem als Hausvorstand, was heute in etwa dem Schulleiter entspricht. Jahrelang wirkt er auch als Praktikumslehrer für die praktische Ausbildung der Junglehrer.

«In meiner Jugendzeit pflegte ich ein spezielles Hobby – die Kaninchenzucht. Da ich zeitweise bis zu vierzig Kaninchen besass, musste ich diese auch «absetzen». Nachdem ich das Metzgen von einem Bauernkollegen



Familie Bertschinger in Ferienlaune



Karl Bertschinger, seinerzeit bei der Milchkontrolle

geleistet. Später wurde ich in die Gesundheitsbehörde gewählt, der ich acht Jahre lang angehört habe. In diese Zeit fiel die Einführung der Separatsammlung für Abfall. Wir waren die ersten im Bezirk Uster. Nach der Tätigkeit in der Gesundheitsbehörde gelang mir der Einzug in den Gemeinderat, wo ich als Feuerwehr- und Sicherheitsvorstand tätig war. Im Nebenressort Kultur konnte ich innovativ wirken. Bis dahin hatten alle Veranstaltungen in der Kirche oder im Gemeindesaal stattgefunden. Wir gingen nun neue Wege – verlegten Veranstaltungen in die Mühle, aufs Schiff, ins Studio Maur oder ins Restaurant Schiffpländle. Dieses Konzept fand grossen Anklang und wird durch die uns nachfolgende Kulturkommission bis heute weitergeführt.»

gelernt hatte, konnte ich die Kaninchen fortan an einen Metzger am Zürcher Toblerplatz verkaufen.»

In Maur, dem ersten gemeinsamen Wohnsitz mit seiner Frau Hanna, tritt Karl Bertschinger der SVP bei, und schon bald wird er als Kassier in den Vorstand gewählt. Eine weitere Tätigkeit, die ihm Freude macht, ist die bereits erwähnte Mitarbeit in der Sportkommission der Zürcher und auch der schweizerischen SVP, wo er Ueli Maurer kennenlernt, der die schweizerische Kommission präsidiert. Bis heute ist Bertschinger Delegierter sowohl für die kantonale als auch für die schweizerische SVP.

Feuerwehr, Gesundheitsbehörde, Gemeinderat

«In meiner Wohngemeinde habe ich Feuerwehrdienst im damaligen Löschzug I

Aktuelle Themen

Zwei aktuelle Themen beschäftigen Karl Bertschinger derzeit vor allem: die ungelöste steuerliche «Heiratsstrafe» sowie die Bevorzugung der E-Auto-Halter. «Die Regelung der Heiratsstrafe schieben die Behörden schon seit vierzig Jahren vor sich her. Eine diesbezügliche Initiative, knapp verworfen, musste annulliert werden, da der Bund mit falschen Zahlen operierte. Die Behörden rechneten mit 80'000 betroffenen Ehepaaren statt mit 420'000, wie sich im Nachhinein herausstellte.» Dass E-Autos von der Strassensteuer befreit sind, empfindet Bertschinger als Diskriminierung, die man nicht so stehen lassen dürfe.



«Unsere vier Kinder haben alle einen Beruf erlernt und arbeiten – das ist unsere grösste Genugtuung, und dafür sind wir dankbar. Die Hauptarbeit in der Kindererziehung hat aber meine Frau geleistet.»

Nach zwanzig Jahren im Vorstand der Partei ist Karl Bertschinger nun nach einem kurzen Unterbruch als Plakatverantwortlicher wieder dabei. Die Arbeit geht ihm nicht aus, denn auch die vier Enkelkinder fordern die Grosseltern und bescheren ihnen viele schöne Stunden.

Die heutige Situation gefällt Karl Bertschinger. Er kann nun auch seinem Hobby, der Imkerei, frönen, seine Stammtischkollegen treffen und seine politischen Engagements pflegen. Im Übrigen kandidiert er auch noch als Nationalratskandidat auf der Liste «Ü55» (über 55). *Da wünschen wir ihm natürlich viel Erfolg!*

Hans Fehr

Die Schweizerzeit-Agenda

Samstag, 4. November 2023, 10.00–16.00 Uhr

Herbstveranstaltung

Referat von Dr. Markus Krall. Anschliessend Podium mit a. BR Ueli Maurer, NR Mike Egger und KR Hermann Lei, Leitung Ulrich Schlüer. Willkommenskaffee, Apéro, Mittagessen. Kosten Fr. 70.– / Anmeldung erforderlich bis 26. Oktober 2023 an liebi@schweizerzeit.ch
Landgasthaus Sonne, Haus der Freiheit, Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel/SG

Mittwoch, 22. November 2023, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz»

Ukraine-Krieg – Neutralität – Masseneinwanderung – Inflation – Sprachspinnereien
Vortrag und Diskussion mit Ulrich Schlüer, Schweizerzeit
Hotel Blumenstein, Am Bahnhofplatz, Oberstadtstrasse 4, 8500 Frauenfeld/TG



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Büchertisch

BESTSELLER



Angriff auf unser Bargeld

Warum ein Bargeldverbot vorbereitet wird, wer davon profitiert und wie Sie Ihr Vermögen davor schützen

Michael Brückner

Anstrengungen zu umfassendem Bargeldverbot sind innerhalb der EU im Gange. Darüber orientiert die Neuerscheinung von Michael Brückner – mit einem Plädoyer für Bargeld und freie, von der Obrigkeit nicht einsehbare Geldnutzung durch jeden Einzelnen.

Kopp, Rottenburg 2023, 208 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 27.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.10



Die Schweiz ist anders

oder sie ist keine Schweiz mehr

Paul Widmer

Der ehemalige Botschafter Paul Widmer zeigt in einer gut hundertseitigen Broschüre prägnant, eindrücklich und zeitlos, was die Schweiz ausmacht und wie die Schweiz zu einem eigenen Staat eigenständigen Charakters geworden ist – geprägt auch von seiner Neutralität.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2023, 128 S., brosch., (Richtpreis Fr. 24.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 21.60



Wenn alles reisst – hält die Schweiz?

Krieg, Euro, Migration, Schulden, Inflation, Aufruhr, Geopolitik

Beat Kappeler

Der Autor nimmt profiliert Stellung zu den wichtigsten Herausforderungen, welche die Schweiz um ihres eigenständigen Überlebens willen zu bewältigen hat. Bisher gelang dies der Schweiz auf dem Fundament von Freiheit und Selbstverantwortung gut. Das Buch mündet in die Frage: Hat auch die heute bestimmende Generation den Willen und die Kraft zur Eigenständigkeit?

Stämpfli, Bern 2023, 127 S., geb., (Richtpreis Fr. 29.00)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.10

AKTUELL



Demokratie mit Zukunft

Die Erschaffung der modernen Schweiz

Thomas Lötscher

Das Werk zum Jubiläumsjahr «175 Jahre Schweizer Bundesverfassung». Die Erschaffer der Bundesverfassung werden porträtiert. Die Wirkung der Durchsetzung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung im funktionierenden Rechtsstaat wird ausführlich beleuchtet und kommentiert. Eine Mahnung, dass jede Generation Freiheit und Demokratie, Fundament des Schweizer Wohlstands, immer wieder neu bestätigen muss.

Weber, Thun/Gwatt 2022, 156 S., geb., (Richtpreis Fr. 29.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.10



George Soros' Krieg

Wie die Open Society Foundations die Welt an den Rand des Dritten Weltkriegs gebracht haben

Collin McMahon

Dass George Soros mit den ihm zur Verfügung stehenden Milliarden markant eingreift ins politische Geschehen, wird eigentlich kaum bestritten. Wer dies festhält wird freilich allzu rasch als «Weltverschwörer» diffamiert. Man muss das Original lesen, auf dass man sachgerecht urteilen kann.

Kopp, Rottenburg 2023, 367 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.05



Ich habe mitgemacht

Das Archiv des Corona-Unrechts

Burkhard Müller-Ullrich

Das Buch präsentiert eine sorgfältig zusammengestellte Abfolge aller Erlasse und vieler Stellungnahmen zur Corona-Pandemie. Die Dokumentation befördert viel Fragliches – aber auch später als lügenhaft Entlarvtes ans Tageslicht. Eine Kontrafunk-Dokumentation: Beachten Sie auch das Inserat auf der letzten Seite der heutigen Schweizerzeit.

Kontrafunk-Edition, Steckborn 2023, 540 S., Taschenbuch, brosch., (Richtpreis Fr.44.00) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 39.60

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HEIMAT



Das Bundesratslexikon

Urs Altermatt

Das aktualisierte Standardwerk präsentiert Kurzbiographien sämtlicher je der Schweizer Landesregierung als Bundesräte angehörender Persönlichkeiten. Ihre Leistungen und deren Auswirkungen werden kurz und

prägnant vorgestellt. Zu den eben erst zurückgetretenen, beziehungsweise noch regierenden Mitgliedern der Landesregierung beschränkt sich die Darstellung auf wenige Stichworte. Wer über früher regierende Bundesräte Bescheid wissen will, findet in diesem Lexikon alles Wissenswerte.

NZZ Libro, Basel 2019, 759 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 98.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 88.20

BUCHZEICHEN



Bundesrat Maurer spricht

Reden von Bundesrat Ueli Maurer aus den Jahren 2009–2015

Herausgeber: Matthias Müller, Hans Luginbühl
Einleitung: Jürg Stüssi-Lauterburg

Das Buch ist nicht neu. Aber die darin aus Ueli Maurers Reden festgehaltenen Auszüge sind – besonders im jetzigen Wahlkampf – von ungebrochener, ja brennender Aktualität. Ueli Maurer, Opponent im Bundesrat, tief verbunden mit der Öffentlichkeit, spricht Wahrheiten zu Tatsachen aus, die zumindest all jene Menschen bewegen, die mit Sorge – Folge der ungezügelter Masseneinwanderung – den stattfindenden Niedergang der Schweiz und mancher ihrer Institutionen höchst beunruhigt verfolgen. Sie finden in diesem Buch Standpunkte, die wegweisenden Charakter haben.

Merker im Effingerhof, Lenzburg 2016, 238 S., geb., (Richtpreis Fr. 59.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 53.10

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Michael Brückner – Angriff auf unser Bargeld **à Fr. 25.10**
 Paul Widmer – Die Schweiz ist anders **à Fr. 21.60**
 Beat Kappeler – Wenn alles reisst – hält ... **à Fr. 26.10**

Aktuell

- Thomas Lötscher – Demokratie mit Zukunft **à Fr. 26.10**
 Collin McMahon – George Soros' Krieg **à Fr. 31.05**
 Burkhard Müller-Ullrich – Ich habe mitgemacht **à Fr. 39.60**

Heimat

- Urs Altermatt – Das Bundesratslexikon **à Fr. 88.20**

Buchzeichen

- M. Müller, H. Luginbühl – Bundesrat Maurer spricht **à Fr. 53.10**

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(19/06.10.2023)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11 Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen
Corinna Zigerli, Stefan Millius und Ulrich Schlüer

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

13. Oktober 2023

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Mihajlo Mrakic, Charly Pichler, Thors-
ten Polleit, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegefeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Finanzen, Organisation: Cornelia Rick

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Missbrauch des Missbrauchs

Mitte September publizierte ein Autoren-Team der Uni Zürich eine «Pilotstudie» zu sexuellen Missbräuchen im Umfeld der katholischen Kirche. Diese wirbelte gehörig Staub auf – und liess alte Ressentiments und Vorurteile neu aufflackern. Der Medien-Mainstream wollte das Hauptproblem – «das System Kirche» – schnell verortet haben, und auch der Volksmund schien sein Urteil rasch gefällt zu haben: «Wieder diese Pfaffen», die sich an Buben vergreifen und damit auch noch durchkommen!»

Wie so häufig brauchte es ein paar Tage, bis wir die Hintergründe richtig einordnen konnten, um den verunsicherten Gläubigen aufzuzeigen, welches Spiel hier tatsächlich gespielt wird. In der «Weltwoche» vom 27. September 2023 hat Christoph Mörgeli die sogenannte Pilotstudie akribisch unter die Lupe genommen. Der Studie, in der von 1'002 Missbrauchsfällen die Rede ist, welche sich in den letzten siebzig Jahren im kirchlichen Umfeld ereignet hätten, stellt Mörgeli ein desaströses Zeugnis aus: «Ein Nachweis, geschweige denn eine Auflistung der Fälle finden sich im Bericht nirgends. Die Historikerinnen haben unbelastet von juristischen Kriterien entschieden, was «Missbrauchsfälle» sind.»

Über das Verhältnis von justiziablen und nicht justiziablen Fällen schweigt sich die Studie aus. Niklaus Herzog bemängelt auf

«swiss-cath.ch» zu Recht, dass die 1'002 Fälle nicht nach ihrem Schweregrad aufgeschlüsselt werden. Der begründete Verdacht, man habe so lange gesucht, bis die öffentlichkeitswirksame, magische Zahl von 1'000 erreicht war, lässt sich nicht von der Hand weisen.

Eines möchte ich klarstellen: Selbstverständlich gehören alle sexuellen Missbräuche – sowohl in der Kirche als auch sonst überall – schonungslos aufgeklärt. Täter und Vertuscher müssen mit der ganzen Härte des Rechtsstaates zur Rechenschaft gezogen werden. Man soll aber so fair sein und die Relationen korrekt darstellen. Die skandalisierten 1'002 «kirchlichen Missbrauchsfälle» (bei denen nicht transparent gemacht wird, was tatsächlich als «Missbrauch» gewertet wird) entsprechen bei einem untersuchten Zeitraum von siebzig Jahren rund 14 Fällen pro Jahr.

Ein Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt, dass Vergehen gegen die sexuelle Integrität leider eine gesamtgesellschaftliche Tragik sind, die sich mit hoher Wahrscheinlichkeit in Vereinen oder in der Verwandtschaft um ein x-Faches häufiger ereignen als im Umfeld von Priestern, die zum allergrössten Teil absolut saubere, aufrichtige Diener Gottes sind und gerade jetzt unsere Solidarität verdienen.

Anian Liebrand

Schluss
Punkt